

Nachhaltigkeitsbericht Waiblingen

INDIKATOREN FÜR EINE LOKALE AGENDA

2004



IMPRESSUM

HERAUSGEGEBEN VON:

Stadt Waiblingen
Umweltbeauftragter
Kurze Straße 24
71332 Waiblingen

Tel.: 07151-5001-445, Fax: 07151-5001-406

E-Mail: klaus.laepple@waiblingen.de

BEARBEITET VON:

Dr. Volker Teichert
Forschungsstätte der Evangelischen
Studiengemeinschaft e.V. (FEST)
Institut für interdisziplinäre Forschung
Schmeilweg 5
69118 Heidelberg

Tel.: 06221-9122-0, Fax: 06221-16 72 56

E-Mail: volker.teichert@fest-heidelberg.de

GRAPHISCHES KONZEPT:

Cinzia Fenoglio, artefatti, Mannheim

FOTOS:

Cinzia Fenoglio: A4.0, A5.0, B1.2, B4.0, C2.0, C3.0,
C4.0, D3.0, D6.0

Klaus Läßle: S.6, A1.0, A2.2, A3.0, A4.1, A5.1, A5.2,
A5.3, A6.0, B1.0, B2.0, B4.2, B5.0, B5.3, B6.0, C1.0,
C2.2, C3.2, C4.1, C4.2, C5.1, D1.0, D2.0, D4.0, D4.3,
D5.0, D5.1, D5.2, D5.3

Carl Zeiss Jena GmbH: B3.0

Dorothee Dümig, Heidelberg: C5.0

Hans Diefenbacher, Mannheim: A2.3

Auflage: 1.500

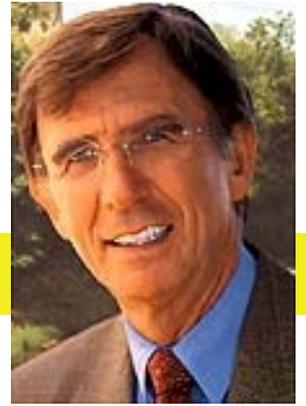
Druck: Jepro Jenne, Kehlenweg 9, 71336 Waiblingen

Tel: 07146/5443, Fax: 07146/434 46

E-Mail: jepro.jenne@t-online.de

März 2004

Vorwort



Liebe Waiblingerinnen und Waiblinger,

bereits 1997 trat die Stadt Waiblingen in den Prozess der Lokalen Agenda 21 ein mit dem Ziel, einen auf unsere Stadt zugeschnittenen Weg zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung zu finden – um es vorweg zu nehmen, es war bisher kein einfacher Weg.

In der Praxis gibt es immer noch Probleme mit der Bedeutung des Begriffes der „Nachhaltigkeit“. Verhalten wir uns nachhaltig, wenn im Schnitt jede/r Waiblinger Bürger/in für den Ausstoß von über acht Tonnen des Treibhausgases Kohlendioxid verantwortlich ist? Wie wirkt sich das Ziel einer nachhaltigen Stadtentwicklung beispielsweise auf die anstehende Fortschreibung des Flächennutzungsplans 2015 aus? Was bedeutet Nachhaltigkeit im sozialen Bereich und wie können wir es schaffen, die Bürgerschaft noch stärker in Planungen und Entscheidungen einzubeziehen?

Fragen über Fragen, die es im Prozess der Lokalen Agenda 21 unter Mitwirkung möglichst vieler Bürgerinnen und Bürger zu lösen gilt.

Auch nach beinahe sechs Jahren wird der Prozess der Lokalen Agenda 21 manchmal immer noch als Aktivität kleiner Gruppen und einzelner Personen betrachtet. Tatsächlich sind jedoch wir alle – die Waiblinger Bürgerinnen und Bürger, Vereine, Organisationen und Firmen, Gemeinderat und Stadtverwaltung – aufgefordert, unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung zu leisten.

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht soll darstellen, auf welchem Stand sich unsere Stadt befindet und in welchen Bereichen Handlungsbedarf besteht. Insgesamt 24 so genannte Indikatoren oder Kenngrößen ermöglichen durch die Darstellung über einen längeren Zeitraum eine Trendaussage für die Bereiche Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft und Partizipation.

Ich rufe alle Waiblingerinnen und Waiblinger auf, sich für eine nachhaltige Entwicklung zu engagieren. Dies wird uns einige Anstrengungen abverlangen, doch es lohnt sich! Der Gemeinderat hat mit dem Beschluss zur Zusammenführung der beiden Prozesse des Bürgerschaftlichen Engagements und der Lokalen Agenda 21 ein deutliches Signal für die Fortführung der Bemühungen zu einer nachhaltigen Stadtentwicklung gegeben. Diese Chance sollte mit der Durchführung beispielhafter Projekte genutzt werden. Machen Sie mit!

Ihr

Dr. Werner Schmidt-Hieber

Inhaltsverzeichnis

Die Lokale Agenda 21	6
Die Lokale Agenda 21 in Waiblingen.....	7
Nachhaltigkeit messen	11
Die Indikatoren	13

ÖKOLOGIE

A1 Geringe Abfallmengen.....	17
A1.0 Siedlungsabfälle in kg pro Ew.....	17
A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung.....	18
A2.2 NO ₂ -Immissionen in µg pro m ³ Luft.....	18
A2.3 Werte der Ozonbelastung in µg pro m ³ Luft, die von 98% der Halbstunden-Mittelwerte unterschritten werden	19
A3 Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen	20
A3.0 Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche.....	20
A4 Erhaltung des Bestandes an erneuerbaren Ressourcen	21
A4.0 Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Ew und Tag	22
A4.1 Qualität der Oberflächengewässer.....	22
A5 Möglichst niedriger Energie-Einsatz.....	23
A5.0 Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Ew.....	23
A5.1 Leistung der Solarstrom-Anlagen (Photovoltaik-Anlagen) in Waiblingen	24
A5.2 CO ₂ -Emissionen in t pro Ew	25
A5.3 Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe in kWh pro Ew.....	26
A6 Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität	27
A6.0 Anzahl der Pkw pro 1.000 Ew.....	27

ÖKONOMIE

B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit.....	28
B1.0 Arbeitslosenzahlen (differenziert nach Frauen und Männern).....	28
B1.2 Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen.....	29
B2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad	30
B2.0 Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt	30
B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur	31
B3.0 Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen.....	31
B4 Hohe Preisniveaustabilität	32
B4.0 Preisindex der Mieten.....	32
B4.2 Verkaufspreis für Baugrundstücke in Euro pro qm.....	33
B5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte	34
B5.0 Kommunale Schulden je Ew in Euro (2000=100).....	34
B5.3 Steueraufkommen pro Ew in konstanten Preisen (2000=100).....	35
B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes	36
B6.0 Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit.....	36

Inhaltsverzeichnis

GESELLSCHAFT/SOZIALES

C1	Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen	37
C1.0	Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Ew	37
C2	Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung	38
C2.0	Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte	38
C2.2	Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss	39
C3	Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur	40
C3.0	Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Ew und Wanderungssaldo	40
C3.2	Anteil der unter 18jährigen, der 18- bis unter 65jährigen und der über 65jährigen	41
C4	Hohes kulturelles Angebot	42
C4.0	Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Ew	42
C4.1	Bestand an Medien in nicht wissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken auf 1.000 Ew bezogen	43
C4.2	Zahl der Museumsbesucher pro 1.000 Ew	44
C5	Hohes Sicherheitsniveau	45
C5.0	Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Ew	45
C5.1	Verkehrsunfälle mit Personen je 10.000 Ew	46

PARTIZIPATION

D1	Hohes ehrenamtliches Engagement	47
D1.0	Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Ew	47
D2	Hohes demokratisches Engagement	48
D2.0	Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament	48
D3	Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit	49
D3.0	Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit pro Ew in Euro	49
D4	Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben	50
D4.0	Anteil von Frauen im Kommunalparlament	50
D4.3	Anteil der Frauen und Männer bei der Stadtverwaltung in Prozent	51
D5	Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen	52
D5.0	Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts	52
D5.1	Anteil der Ganztagesplätze bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahre	53
D5.2	Quote der Jugendarbeitslosigkeit	54
D5.3	Anzahl der im Jugendparlament Aktiven	55
D6	Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess	56
D6.0	Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Ew	56

Wie geht es weiter mit dem Nachhaltigkeitsbericht?	57
Anhang, Quellen	59
Adressen und Ansprechpartner	60

Die Lokale Agenda 21

WORUM GEHT ES BEI NACHHALTIGER ENTWICKLUNG UND AGENDA 21?

Der Begriff „Nachhaltigkeit“ wurde schon Ende des 18. Jahrhunderts von der deutschen Forstwirtschaft geprägt. Georg Ludwig Hartig, Oberforstmeister aus Dillenburg, schrieb vor über 200 Jahren, dass die Wälder so genutzt werden sollen, „dass die Nachkommenschaft ebensoviel Vorteile daraus ziehen kann, als sich die jetzt lebende Generation zueignet“.

Eine ähnliche Definition der „Nachhaltigen Entwicklung“ verwendet auch der Brundtland-Bericht von 1987; hier heißt es: „Unter dauerhafter Entwicklung verstehen wir eine Entwicklung, die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen.“

Durch die Konferenz der Vereinten Nationen für Umwelt und Entwicklung (UNCED), die im Jahr 1992 in Rio de Janeiro abgehalten wurde, ist „sustainable development“ als Leitbegriff weltbekannt geworden; er bildet einen Bezugspunkt für integrative Politik auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene.

Ob „nachhaltig“, „dauerhaft umweltgerecht“ oder „zukunftsfähig“ – der Begriff lässt viele alternative und abstrakte Auslegungen zu, dennoch besteht eine breite Übereinstimmung, dass Nachhaltigkeit nicht auf den Bereich der Ökologie zu beschränkt ist, sondern dass auch wirtschaftliche, soziale und gesellschaftliche Aspekte zu berücksichtigen sind. Nicht nur auf internationaler, sondern auch auf nationaler, regionaler und lokaler Ebene müssen Schutz der Umwelt, soziale Gerechtigkeit, wirtschaftliche Belange und die Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger integriert werden, denn nur ein Gleichgewicht dieser verschiedenen Aspekte kann zu einer nachhaltigen Entwicklung führen.

Auf der bereits genannten Konferenz in Rio unterzeichneten 179 Staaten ein „Aktionsprogramm für das 21. Jahrhundert“ – die so genannte Agenda 21. In dem mehrere hundert Seiten umfassenden Dokument werden Handlungsmaßnahmen beschrieben, die zur Umsetzung einer globalen nachhaltigen Entwicklung beitragen sollen. Die 40 Kapitel enthalten unter anderem Instrumente für die Bereiche Klima- und Energiepolitik, Armutsbekämpfung sowie Bevölkerungs- und Landwirtschaftspolitik. Die Ziele können in diesen Politikfeldern nur dann erreicht werden, wenn auch vor Ort, auf der regionalen und lokalen Ebene, eine nachhaltige Entwicklung verfolgt wird.

Bereits im Vorfeld der UNCED-Verhandlungen konnten sich die vom Internationalen Council for Local Environmental Initiatives (ICLEI) vertretenen Kommunen mit ihrer Forderung durchsetzen, nicht nur als ausführende Organe nationaler Politik, sondern als eigenständige Akteure bei der Umsetzung des Aktionsprogramms berücksichtigt zu werden. Daher fordert Kapitel 28 der Agenda 21 in Rio explizit weltweit die Beteiligung der Kommunen: „Jede Kommunalverwaltung soll in einen Dialog mit ihren Bürgern, örtlichen Organisationen und der Privatwirtschaft eintreten und eine ‚kommunale Agenda 21‘ beschließen.“

Dieser Aufruf soll Kommunen dazu bewegen, einen Lokale Agenda-21-Prozess in Gang zu setzen und mit allen gesellschaftlichen Gruppen vor Ort ein Handlungsprogramm zu erarbeiten. Jede Kommune muss dabei unter Beachtung ihrer jeweiligen Rahmenbedingungen ihren eigenen Weg finden.

Das bedeutet: Kommunen sind aufgerufen, ihre Stärken, aber auch ihre Schwächen im Blick auf das Ziel der nachhaltigen Entwicklung zu ermitteln. Sie können sich Ziele setzen und ihren Weg mit Hilfe von Indikatoren zu den verschiedenen Problembereichen sichtbar machen. Vor allem aber können sie Maßnahmen und Projekte entwickeln, die dazu beitragen, diese Ziele zu verwirklichen.

Die Lokale Agenda 21 in Waiblingen



WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

- **Juli 1997**, die Stadt Waiblingen tritt mit dem ersten Treffen der Gründungskommission in den Prozess der Lokalen Agenda 21 ein.
- **November 1997**, der Gemeinderat der Stadt Waiblingen beschließt formell den Prozess der Lokalen Agenda 21. Das Agenda-Büro wird eingerichtet und Finanzmittel in Höhe von 10.000 Euro/Jahr zur Verfügung gestellt.
- **Februar 1998**, die Auftaktveranstaltung für den Lokale Agenda 21-Prozess findet im Bürgerzentrum statt, über 300 BürgerInnen, VertreterInnen von Firmen, Vereinen und sonstigen Organisationen sind anwesend. Schon bald werden sechs Arbeitskreise gebildet:
 - Lebenswerte Umwelt
 - Arbeit und Wirtschaft
 - Eine gemeinsame zukunftsfähige Welt
 - Bildung, Kultur, Freizeit
 - Soziale Verantwortung
 - Zukunftswerkstatt Frauen
- **Mai 1998**, das Agenda-Logo wird von der Kunstschule vorgestellt.
- **Februar 1999**, die Organisationsstruktur, an der lange gearbeitet wurde, wird verabschiedet (S.8).
- **April 1999**, das Büro für Bürgerschaftliches Engagement wird eingerichtet und die 50 %-Stelle unter der Trägerschaft der Diakonie besetzt.
- **Mai 1999**, Einbindung von Agenda-Aktiven in städtische Gremien.
- **Juni 1999**, der Erarbeitung eines gesamtstädtischen Leitbildes in einem partizipatorischen Prozess wird hohe Priorität eingeräumt, eine Steuerungsgruppe Leitbild wird installiert, eine Auftaktveranstaltung unter anderem mit dem Leiter der Akademie für Technikfolgenabschätzung durchgeführt.
- **September 1999**, um die Kommunikation im Agenda-Prozess zu verbessern, gehen Vertreterinnen des Waiblinger Gemeinderates, der Verwaltung und der Bürgerschaft gemeinsam auf eine dreitägige Klausurtagung.

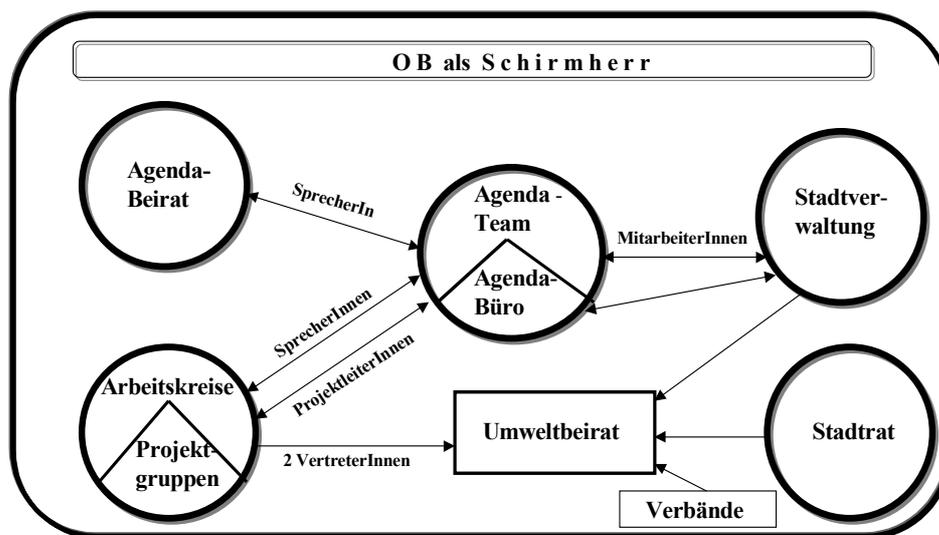


zukunft sichern!
waiblingen im agenda 21 prozess

Die Lokale Agenda 21 in Waiblingen

WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

Lokale Agenda 21 Waiblingen



Erstes Organisationschema

- **Mai 2000**, der Entwurf eines Leitbildes für die Stadt Waiblingen wird dem Gemeinderat präsentiert, dieser nimmt Kenntnis davon.
- **August 2000**, der Arbeitskreis „Lebenswerte Umwelt“ stellt seine Arbeit bis auf weiteres ein.
- **Dezember 2000**, der Gemeinderat beschließt die Bezuschussung des Büros für bürgerschaftliches Engagement mit max. 12.500 Euro.
- **Februar 2001**, die Verwaltung legt ein Konzept zur Verknüpfung des Lokale Agenda 21-Prozesses und des Prozesses Bürgerschaftliches Engagement vor.
- **März 2001**, die Steuerungsgruppe Leitbild und der Arbeitskreis „Arbeit und Wirtschaft“ stellen ihre Arbeit ein. Ausführliche Diskussion des Konzeptes im Gemeinderat.
- **Mai 2002**, Beschluss zur Zusammenlegung der Prozesse Lokale Agenda 21 und Bürgerschaftliches Engagement (S.9).

Die Lokale Agenda 21 in Waiblingen

WIR

Waiblingen im Remstal
E N G A G I E R T



WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

Unter dem Namen „Waiblingen ENGAGIERT“ gibt es ab sofort einen gemeinsamen Prozess in Waiblingen. Mit neuer Motivation und besserer Integration in Verwaltung und Gemeinderat werden die Aufgaben angegangen. Kernpunkt ist die Bildung eines Arbeitskreises mit folgender Besetzung:

- Erster Bürgermeister
- Vier VertreterInnen der Gemeinderatsfraktionen
- Sechs VertreterInnen bürger-schaftlicher Gruppen
- Frauenbeauftragte
- Umweltbeauftragter
- Geschäftsstelle

Hauptaufgaben sind:

- Entwicklung der Ziele für die gemeinsame Arbeit
- Gestaltung des gemeinsamen Prozesses hin zur nachhaltigen Bürgerkommune
- Des Weiteren wird eine Geschäftsstelle mit folgenden Aufgaben eingerichtet:
 - ⇒ Unterstützung und Anerkennung freiwillig geleisteter Arbeit
 - ⇒ Förderung, Initiierung, Vernetzung und Dokumentation von Projekten unter der Zielsetzung der Lokalen Agenda 21 und des bürgerschaftlichen Engagements, Öffentlichkeitsarbeit

„Waiblingen ENGAGIERT“



Aktuelles Organisationsschema

- **Februar 1998 bis 2003 Umsetzung beispielhafter Projekte**, aus der Lokalen Agenda 21 heraus und dem Prozess „Bürgerschaftliches Engagement“ wurden folgende bisher noch nicht benannte Projekte/Aktivitäten durchgeführt:
 - Stärken-Schwächen-Analyse
 - Projekt Remsbogen
 - Beteiligung an der Erarbeitung des Gesamtverkehrsplanes
 - Beweidungsprojekt Tal-aue
 - Kostenloser ÖPNV
 - Kommunales Kino
 - Konzept Kulturhaus Schwanen.
 - Aktion "Gutes Mädchenbuch". Waiblingen aus Frauensicht
 - Gründung Tageselternverein
 - Projekt- und Kontaktbörse
 - Fair-Wertung von Alt-kleidern

Die Lokale Agenda 21 in Waiblingen

WIR

Waiblingen im Remstal
E N G A G I E R T



WAS IST BISLANG GESCHEHEN?

- Moderatoren-Schulung
- Agenda-Bibliothek
- Dank dem Lokalen Agenda 21-Prozess wird über Nachhaltigkeit im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung diskutiert
- Nachhaltigkeit wird im Leitbild der Stadtverwaltung als wichtige Säule verankert
- Seminar-Reihe „Bürger und Verwaltung“
- Weidenbau-Projekt
- Tag der Sozialen Verantwortung
- Veröffentlichung von Informationsschriften
- Aktionen zum Internationalen Freiwilligen-Tag
- Kinderumwelttag
- Mit dem Rad zur Arbeit
- Pflanzkübelaktion
- Remstaler Tauschring
- Freiwilligen-Agentur
- Fortbildungsprogramm für bürgerschaftlich Engagierte
- Die Zukunftsmacher
- Open Air Kino
- Fürs Leben lernen
- Behandlung der Themenbereiche Leitbild/Nachhaltigkeit im Rahmen der Erstellung des neuen Stadtentwicklungsplanes für Waiblingen (STEP)

Der mit viel Engagement betriebene Lokale Agenda 21-Prozess hatte während der ganzen Zeit immer wieder eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden. Nachfolgend sollen einige beispielhaft genannt werden, nicht alle Probleme haben sich lösen lassen. Der Neubeginn des Prozesses in Form der Verschmelzung von Lokaler Agenda 21 und Bürgerschaftlichem Engagement stellt einen weiteren Versuch dar, die Bürgerbeteiligung mit den Nachhaltigkeitszielen der Lokalen Agenda 21 zu verknüpfen.

Schwierigkeiten/Probleme im Lokalen Agenda 21-Prozess:

- Einheitliches Selbstverständnis der im Prozess der Lokalen Agenda 21 engagierten Personen
- Konsens über die Definition des Begriffes Nachhaltigkeit: Was bedeutet Nachhaltigkeit am konkreten Projekt?
- Wie lässt sich die Nachhaltigkeit belegen, welche Indikatoren gibt es, finden diese auch Verwendung?
- Verfolgung von Einzelinteressen
- Transparenz von Entscheidungen schaffen

- Vorbildfunktion der Verwaltung bzw. Engagement der Verwaltung
- Falsches Verständnis des Gesamtprozesses: „Wie geht es Eurer Agenda?“
- Schwierigkeit geeignete Projekte zu finden
- Notwendigkeit eines Leitbildes wird unterschiedlich bewertet. Leitbildentwurf wird nicht weiterverfolgt
- „Gemeinderat will sich nicht festlegen lassen“
- Einladung bestimmter Gruppen wie Jugendliche und Unternehmer schwierig
- Vernetzung von Projekten schwierig
- Zu wenig Pilotprojekte, bei denen alle wichtigen Akteure an einem Tisch sitzen und mit deren Hilfe praktische Erfahrungen gesammelt werden, was Nachhaltigkeit bedeutet und wie sie umgesetzt werden kann
- Prozess der Lokalen Agenda 21 erscheint oft nicht konkret genug und für Viele zu theoretisch
- Mit Nachhaltigkeit ernst machen, bedeutet auch Einschnitte ins tägliche Leben
- Frühzeitige Partizipation über Runde Tische etc.

Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

Indikatoren sind Mess- oder Kenngrößen für die Bewertung und Trendbeschreibung zentraler Problemfelder einer nachhaltigen Entwicklung. Werden mehrere Indikatoren in systematischer Art und Weise zusammengefasst, so spricht man von einem Indikatorensystem. Das hier vorgestellte Indikatorensystem orientiert sich an Leitlinien und Kriterien, die für das Ziel einer nachhaltigen Entwicklung in Kommunen und bei der Lokalen Agenda eine zentrale Rolle spielen. Dabei werden vier Bereiche angesprochen: Ökologie, Ökonomie, der soziale Bereich und der Bereich der Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In jedem dieser Bereiche wurden jeweils sechs Leitlinien oder Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung formuliert, die wiederum mit je einem zentralen Indikator beschrieben werden.

Mit den vier Bereichen sind die Handlungsfelder genannt, um die es bei dem Ziel der nachhaltigen Entwicklung geht; die Leitlinien oder Teil-Ziele benennen einzelne Problemfelder; die Indikatoren schließlich können im Rahmen der Kommunalpolitik verschiedene Funktionen übernehmen:

- sie können verdeutlichen, wo möglicherweise Handlungsbedarf in der Kommune besteht, an welchen Stellen und in welcher Richtung Verbesserungen möglich sind;

- sie signalisieren außerdem, wo in der letzten Zeit etwas erreicht wurde, wo kommunalpolitische Maßnahmen oder die Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern erfolgreich waren;
- sie erlauben (mit Einschränkungen) einen Vergleich mit anderen Kommunen;
- und sie können Lücken in den vorhandenen Daten identifizieren und so Verbesserungen in der Kommunalstatistik anregen.

Mit anderen Worten: Indikatoren und Indikatorensysteme können dabei helfen, die richtigen Maßnahmen zu finden, um die Lebensqualität in der Kommune zu erhöhen oder sicherzustellen. Wie die Lokale Agenda 21 auch, so richtet sich das Indikatorensystem keineswegs nur an die Kommunalpolitik oder an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kommunalverwaltung. Eine breite Diskussion der Entwicklungen, die durch die Zeitreihen der Indikatoren deutlich zutage treten, kann dazu beitragen, Projekte zur Kommunalentwicklung zu finden, die schließlich das „Herz“ jeder Lokalen Agenda sind. Das Indikatorensystem enthält jene 24 Indikatoren, die im Leitfaden „Indikatoren im Rahmen einer Lokalen Agenda 21“ vorgeschlagen wurden.

Ein Blick auf die Entstehungsgeschichte des Indikatorensystems verdeutlicht besonders gut, wie es verwendet werden kann – und wo

seine Grenzen liegen. Die Arbeit an dem System begann in den Jahren 1996/97, als mit Förderung durch das Projekt „Angewandte Ökologie“ der Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg in einem Pilotprojekt ein System mit 60 Indikatoren für die Stadt Heidelberg und den Rhein-Neckar-Kreis entwickelt und getestet wurde. Dazu wurden bereits vorliegende Systeme ausgewertet; vor allem aber wurden ein Katalog möglicher Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung und, in einem zweiten Schritt, die dazugehörigen Indikatoren mit vielen verschiedenen Gruppen und Gesprächskreisen in den beteiligten Kommunen diskutiert und Vorschläge zur Überarbeitung gesammelt. Die Teil-Ziele und Indikatoren dieses Pilotprojektes können daher als Ergebnis eines längeren Prozesses angesehen werden, an dem verschiedene Gruppen von Wissenschaftlern, vor allem aber auch Bürgerinnen und Bürger der Region beteiligt waren.

Insbesondere die Formulierung der Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung erwies sich dabei weitgehend als konsensfähig.

Nachhaltigkeit messen

WARUM BRAUCHT MAN INDIKATOREN?

In einer zweiten Phase wurde die Arbeit an Indikatorensystemen auf weitere Kommunen ausgedehnt, deren Verwaltungen Interesse an einer Übertragung auf ihre Stadt hatten. Bereits bei den Studien, die für die Stadt Viernheim in Südhessen und für Aalen im Ostalbkreis entstanden, zeigte es sich, dass an einigen Stellen der Wunsch auftrat, sowohl die Teil-Ziele nachhaltiger Entwicklung als auch Indikatoren an die jeweils lokalen Gegebenheiten anzupassen. Hier und in einer weiteren Studie für Luxembourg-Stadt wurde aber deutlich, dass es einen Kernbereich von Teil-Zielen und Indikatoren gab, die von den meisten Beteiligten für unverzichtbar gehalten wurden.

Aus diesen Erfahrungen entstand die Idee, ein möglichst leicht handhabbares und praxisnahes Indikatorensystem zu entwickeln, das auf der einen Seite einen Kern von festen Indikatoren enthält, auf der anderen Seite aber flexibel genug sein sollte, um durch die Aufnahme zusätzlicher Teil-Ziele und Indikatoren auf die besonderen Gegebenheiten einer Kommune reagieren zu können.

Ein erster Entwurf eines solchen Systems wurde im Auftrag der Umweltministerien von vier Bundesländern (Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Thüringen) und in Zusammenarbeit mit 16 Kommunen erstellt und getestet.

Beteiligt waren zwölf Gemeinden (Alsfeld, Aschaffenburg, Augsburg, Boll, Erfurt, Heideland-Elstertal, Hohenstein, Karlsruhe, Mühlhausen/Thüringen, Rödentel, Rüsselsheim und Waiblingen) sowie vier Landkreise (Darmstadt-Dieburg, Lörrach, Nordhausen und Roth). Die Erfahrungen dieses Projekts führten dann zur Erarbeitung des bereits erwähnten Leitfadens.

Der vorliegende Indikatorenbericht enthält die 24 Kern-Indikatoren des Leitfadens sowie 17 ergänzende Indikatoren, die auf die besonderen Gegebenheiten der hiesigen Kommunalentwicklung und der Lokalen Agenda 21 eingehen. Einige Problembereiche, die für Lokale Agenda-Prozesse häufig eine große Rolle spielen, wurden bei den vorliegenden Kern-Indikatoren nicht berücksichtigt, da methodische Probleme zum jetzigen Zeitpunkt wissenschaftlich noch nicht genügend geklärt sind oder sich die Datenerhebung extrem aufwändig gestalten würde. Der erstgenannte Grund ist dafür verantwortlich, dass sich unter den Kern-Indikatoren kein eigenständiger Indikator zur Artenvielfalt findet. Extrem aufwendig würde sich etwa die Erhebung objektiver Daten zur Lärmbelastung gestalten; dieser Aufwand schien für den vorliegenden Bericht nicht zumutbar.

Eine weitere Lücke besteht bei den so genannten „weichen“ Indikatoren, mit denen Einstellungen und das subjektive Empfinden der Lebensqualität der Wohnbevölkerung nachgezeichnet werden können. Weiche Indikatoren lassen sich durch periodisch wiederholte standardisierte Repräsentativbefragungen ermitteln. Auch dieser Bereich ist aufgrund des hohen Aufwandes, der für belastbares Datenmaterial notwendig ist, zunächst nicht berücksichtigt worden. Der vorliegende Bericht ist ein Anfang. Wichtig ist weniger der Vergleich der Kommunen untereinander, sondern die Betrachtung der Entwicklung der eigenen Kommune im Zeitablauf. Wo stand die Kommune vor zehn Jahren – wo steht sie heute? Haben eigene Anstrengungen, Maßnahmen und Projekte erkennbare Wirkungen? In dieser Perspektive ist es wichtig, den Kern-Satz von Indikatoren dort zu ergänzen, wo es für die eigene Arbeit geboten ist. Die Diskussion darüber ist auch und gerade ein Thema der Lokalen Agenda.

Die Indikatoren

ÖKOLOGIE

A1 Geringe Abfallmengen

A1.0 Siedlungsabfälle in kg pro Ew

A2 Möglichst niedrige Luftverschmutzung

A2.2 NO₂-Immissionen in µg pro m³ Luft

A2.3 Werte der Ozonbelastung in µg pro m³ Luft, die von 98% der Halbstunden-Mittelwerte unterschritten werden

A3 Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen

A3.0 Bodenflächen nach Nutzungsarten in Prozent der Gesamtfläche

A4 Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

A4.0 Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Ew und Tag

A4.1 Qualität der Oberflächengewässer

A5 Möglichst niedriger Energie-Einsatz

A5.0 Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Ew

A5.1 Leistung der Solarstrom-Anlagen (Photovoltaik-Anlagen) in Waiblingen

A5.2 CO₂-Emissionen in t pro Ew

A5.3 Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe in kWh pro Ew

A6 Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität

A6.0 Anzahl der Pkw pro 1.000 Ew

Die Indikatoren

ÖKONOMIE

B1 Gleichmäßige Verteilung von Arbeit

B1.0 Arbeitslosenzahlen (differenziert nach Frauen und Männern)

B1.2 Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen

B2 Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad

B2.0 Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt

B3 Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur

B3.0 Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

B4 Hohe Preisniveaustabilität

B4.0 Preisindex der Mieten

B4.2 Verkaufspreis für Baugrundstücke in Euro pro qm

B5 Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

B5.0 Kommunale Schulden je Ew in Euro (2000 = 100)

B5.3 Steueraufkommen pro Ew in konstanten Preisen (2000 = 100)

B6 Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

B6.0 Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

Die Indikatoren

GESELLSCHAFT/SOZIALES

C1 Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C1.0 Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Ew

C2 Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung

C2.0 Anzahl der Auszubildenden je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

C2.2 Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

C3 Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C3.0 Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Ew und Wanderungssaldo

C3.2 Anteil der unter 18jährigen, der 18- bis unter 65jährigen und der über 65jährigen

C4 Hohes kulturelles Angebot

C4.0 Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Ew

C4.1 Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken auf 1.000 Ew bezogen

C4.2 Zahl der Museumsbesucher pro 1.000 Ew

C5 Hohes Sicherheitsniveau

C5.0 Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Ew

C5.1 Verkehrsunfälle mit Personen je 10.000 Ew

Die Indikatoren

PARTIZIPATION

D1 Hohes ehrenamtliches Engagement

D1.0 Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Ew

D2 Hohes demokratisches Engagement

D2.0 Wahlbeteiligung bei Wahlen zum Kommunalparlament

D3 Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

D3.0 Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit pro Ew in Euro

D4 Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

D4.0 Anteil der Frauen im Kommunalparlament

D4.3 Anteil der Frauen und Männer bei der Stadtverwaltung in %

D5 Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D5.0 Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

D5.1 Anteil der Ganztagesplätze bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahre

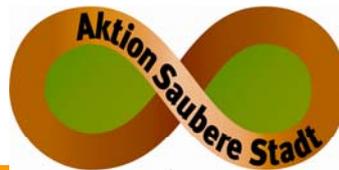
D5.2 Quote der Jugendarbeitslosigkeit

D5.3 Anzahl der im Jugendparlament Aktiven

D6 Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess

D6.0 Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Ew

Geringe Abfallmengen



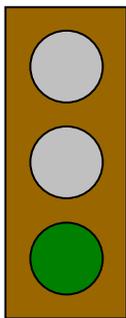
A1.0

INDIKATOR: Siedlungsabfälle in kg pro Ew

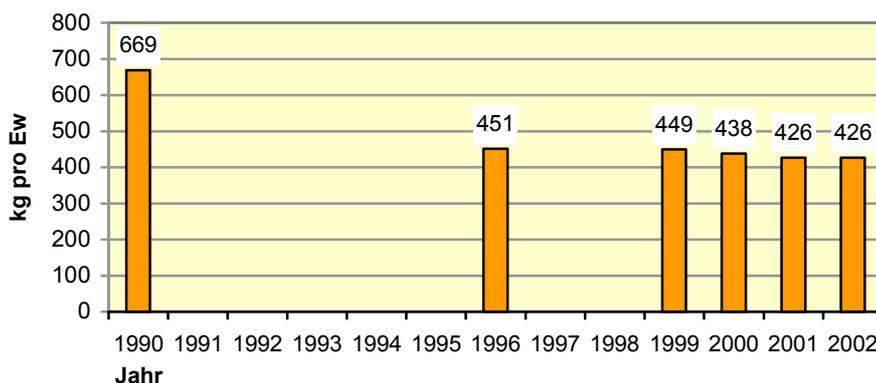
ÖKOLOGIE

DEFINITION DES INDIKATORS

Zu den Siedlungsabfällen gehören Haus- und Sperrmüll einschließlich hausmüllähnlicher Gewerbeabfälle, ferner Grün- und Bio-Abfälle, Wertstoffe aus kommunalen Wertstoffsammlungen sowie Fäkalien, Rückstände aus der Kanalisation, Wasserreinigungsschlämme aus öffentlichen Anlagen und kommunale Klärschlämme. Produktionsabfälle und Sondermüll zählen ebenso wenig zu den Siedlungsabfällen wie Bodenaushub, Bauschutt oder Straßenaufbruch.



Siedlungsabfälle



ZIELSETZUNG

Eine möglichst niedrige Abfallmenge spricht für eine besonders nachhaltige Wirtschaft: Die Stoffströme sind gering, der mit der Entsorgung der Abfälle verbundene Energie- und Transportaufwand ist niedrig, der endgültige Verbrauch natürlicher Ressourcen ebenfalls. Dennoch – eine gewisse Vorsicht ist am Platz: Die Recyclingrate kann eine gewisse Entlastung schaffen und muss zur Interpretation der absoluten Zahlen des Abfallaufkommens mit herangezogen werden. Dennoch: In hochentwickelten Ländern kann in den nächsten Jahren eine Zielsetzung in einer deutlichen Reduktion des Abfallaufkommens pro Kopf bestehen.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Daten zum Aufkommen der Siedlungsabfälle sind nur auf Kreisebene verfügbar. Aus der untenstehenden Grafik zum Rems-Murr-Kreis geht hervor, dass zwischen 1990 und 2002 die Abfallzahlen stark zurückgegangen sind und zwar um gut ein Viertel. Verglichen mit den Werten des Landes Baden-Württemberg liegen sie aber beträchtlich unter dem Landesdurchschnitt, der 2002 bei 578 kg je Einwohner lag.

Dabei ist die Menge der Wertstoffe sowie der Bio- und Grünabfälle stetig (106% bzw. 115%) gewachsen, was u.a. auf Recyclingbemühungen und entsprechende Anreize durch das Abfallgebührensensystem zurückzuführen sein dürfte.

Aktuell wurde in Waiblingen die Biotonne eingeführt.

Möglichst niedrige Luftverschmutzung



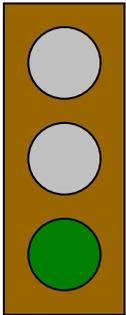
A2.2

INDIKATOR: NO₂-Immissionen in µg pro m³ Luft

ÖKOLOGIE

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Ergebnisse von Immissionskonzentrationen sind als Ergebnis laufender punktueller Messungen verfügbar. Angegeben wird der Jahresmittelwert dieser Messungen.



■ ZIELSETZUNG

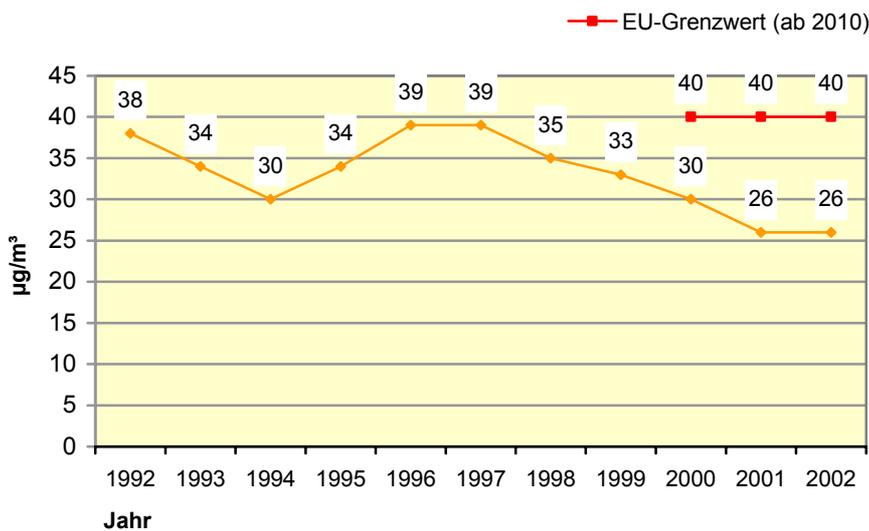
Bei allen Verbrennungsprozessen wird primär Stickstoffmonoxid (NO) freigesetzt, das in der Atmosphäre relativ schnell in Stickstoffdioxid (NO₂) umgewandelt wird. Für den Menschen ist NO₂ deshalb von hoher gesundheitlicher Relevanz, weil es als Reizgas auf den Atemtrakt einwirken kann. Die Stickstoffdioxid-Immissionen werden anhand der gemessenen NO₂-Konzentrationen gemessen. NO₂ ist ein überwiegend verkehrsbedingter Luftschadstoff, sodass die höchsten Konzentrationen an Hauptverkehrsstraßen auftreten. Zum Schutz der menschlichen Gesundheit sieht die EU einen Grenzwert von 40 µg/m³ (Jahresmittelwert) vor, der ab 1. Januar 2010 eingehalten werden muss.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Während des Beobachtungszeitraums waren die NO₂-Jahresmittelwerte starken Schwankungen ausgesetzt. In den Jahren 1996 und 1997 lassen sich die höchsten Jahresmittelwerte feststellen. Seit 1998 sanken die Werte kontinuierlich. Vergleicht man die Jahre 1992 und 2002 miteinander, so haben sich innerhalb dieses Zeitraums die Immissionen in Waiblingen um rund 32% verringert.

Vorteilhaft war bisher die Tatsache, dass im Bereich des Berufschulzentrums Waiblingen eine Luft-Messstation vom Land Baden-Württemberg betrieben wurde, diese soll aber 2005 von Waiblingen wegverlegt werden.

NO₂ Jahresmittelwerte



Möglichst niedrige Luftverschmutzung



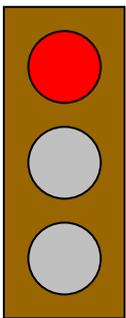
A2.3

INDIKATOR: Werte der Ozonbelastung in $\mu\text{g pro m}^3$ Luft, die von 98% der Halbstunden-Mittelwerte unterschritten werden

ÖKOLOGIE

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Ozonbelastung in $\mu\text{g pro Kubikmeter Luft}$ wird an den Messstationen des Landes halbstündlich gemessen. Angegeben wird hier der Wert, der von 98% aller dieser Halbstunden-Werte unterschritten wird; mit anderen Worten, dieser Wert ist Maß für die Spitzenbelastung des Jahres. 2% der Messwerte liegen über diesem Wert; je höher dieser Wert ist, desto höher ist also die Spitzenbelastung. Alle Werte der künftigen EU-Regelungen beziehen sich auf stündliche Messungen.



ZIELSETZUNG

Ozon (O_3) kommt als natürliches Spurengas in der Atmosphäre vor. Voraussetzung für den „Sommer-smog“ ist eine intensive Sonneneinstrahlung. Maßgeblich für die Bildung hoher Ozonkonzentrationen sind Stickstoffdioxide und flüchtige organische Verbindungen (VOC). Ozon wirkt als Reizgas, das die Atemwege der Menschen angreift und besonders die Gesundheit von Kindern gefährdet. Bereits ab $80 \mu\text{g/m}^3$ verspüren einige Menschen ein Kratzen im Hals und leiden unter Augentränen, Kopfschmerzen und Müdigkeit. Ab $120 \mu\text{g/m}^3$ kann es zu Beeinträchtigungen der Lungenfunktion bei Kindern und Sportlern kommen. Spätestens ab Werten von $180 \mu\text{g/m}^3$ verursacht Ozon Entzündungen der Atemwege und führt zu Asthmaanfällen. Als Treibhausgas trägt es zusätzlich zur Erwärmung der Erdatmosphäre bei.

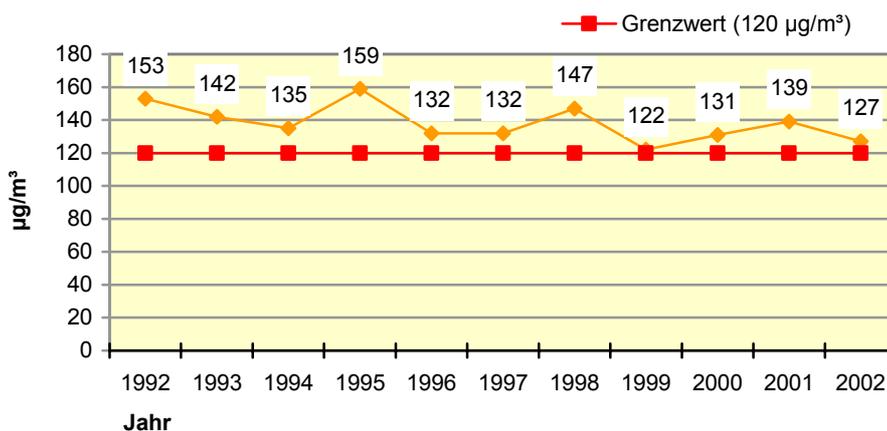
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Während des Beobachtungszeitraums waren die Ozon-Werte starken Schwankungen ausgesetzt. Ein eindeutiger Trend lässt sich nicht ablesen. Seit 1992 sanken die Belastungen, um im Jahr 1995 einen ersten Spitzenwert aufzuweisen, der danach nie mehr erreicht wurde. Seit 1998 sind die Werte leicht rückläufig und liegen unter dem von der Bundesregierung festgelegten Grenzwert, bei dessen Überschreitung die Bevölkerung über die Medien informiert wird.

In Anbetracht dessen, dass bereits ab $80 \mu\text{g/m}^3$ mit einem Kratzen im Hals, Augentränen, Kopfschmerzen und Müdigkeit zu rechnen ist und ab $120 \mu\text{g/m}^3$ eine Beeinträchtigung der Lungenfunktion von Kindern und Sportlern festzustellen ist, wäre eine weitere Reduktion der Ozonwerte in Waiblingen durchaus erforderlich.

In letzter Zeit sind vor allem auch 2- und 4-Taktmotoren ohne Katalysator im Zusammenhang mit dem Ausstoß von ozonbildenden Luftschadstoffen ins Gerede gekommen.

Ozon 98%-Werte



Möglichst schonender Umgang mit nicht erneuerbaren Ressourcen



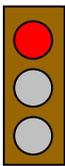
A3.0

INDIKATOR: Bodenflächen nach Nutzungsarten
in Prozent der Gesamtfläche

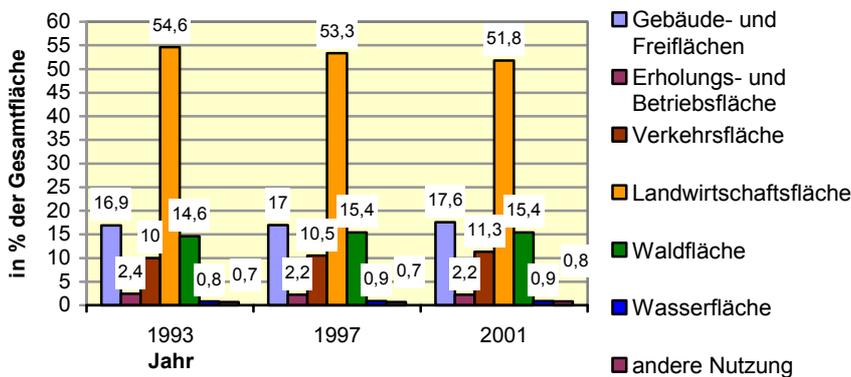
ÖKOLOGIE

DEFINITION DES INDIKATORS

Die laufenden Flächenerhebungen der Statistischen Landesämter weisen unter anderem die folgenden wichtigsten Kategorien aus: Die Siedlungs- und Verkehrsfläche setzt sich zusammen aus Gebäudeflächen und unbebauten Freiflächen, die den Zwecken der Gebäude untergeordnet sind, den Betriebsflächen, die überwiegend gewerblich oder industriell genutzt werden, den Erholungsflächen, etwa Sportplätzen, und den unbebauten, aber versiegelten Flächen, die dem Straßen-, Schienen- und Luftverkehr dienen. Landwirtschaftliche Flächen werden für Ackerbau, Wiesen- oder Weidewirtschaft, Garten- oder Weinbau genutzt. Als natürliche Flächen werden Wasser- und Waldflächen getrennt ausgewiesen. Unter Flächen anderer Nutzung werden schließlich Übungsgelände, Schutzflächen wie Deiche, Dämme und Lärmschutzwälle, historische Flächen, Friedhöfe und das so genannte „Unland“ zusammengefasst: Letzteres sind unbebaute Flächen, die nicht geordnet genutzt werden, wie Felsen oder stillgelegtes Abbauand.



Bodenflächen nach Nutzungsarten



ZIELSETZUNG

Dass Menschen zum Wohnen und Arbeiten Häuser brauchen und Straßen, Wege und Plätze, um von einem Ort zum anderen zu kommen, ist unbestritten. Im Hinblick auf eine nachhaltige Entwicklung stellt sich jedoch die Frage, wann die Stadtentwicklung und speziell der Flächenverbrauch an seine Grenzen stößt. Laut Statistischem Landesamt Baden-Württemberg wird bis 2015 der Flächenverbrauch von heute 12 ha auf 15,9 ha steigen, wenn es zu keinen einschneidenden Maßnahmen kommt. Die Landschaftszerschneidung und die Verinselung der verbleibenden Lebensräume gelten heute als Hauptursache für den Artenverlust. So sind 47% der frei lebenden Säugetiere und 38% der Vogelarten akut gefährdet oder bereits ausgestorben. Der Flächenverbrauch hat zudem Auswirkungen auf Bodenfunktion, Wasserhaushalt, Immissionsbelastung, Kleinklima, Landschaftsbild, Erholungswert und Landnutzung. Ein steigender Flächenverbrauch ist oft Ausdruck dafür, „Kosten des Fortschritts“ nicht zu bezahlen, sondern kommenden Generationen zu überlassen. Eine Zielsetzung könnte zumindest in einer Begrenzung des weiteren Anstiegs des Flächenverbrauchs bestehen. Der Umweltplan Baden-Württemberg gibt hierzu eine Reihe von Anregungen.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Verdichtung des Straßennetzes, die Ausdehnung des Wohnungsbaus, vor allem in Neubauesiedlungen, die Neuerschließung von Gewerbeflächen und andere Faktoren tragen in Waiblingen zur Steigerung des Flächenverbrauchs bei. Allein die Gebäude- und Freifläche hat in Waiblingen zwischen 1993 und 2001 von 16,9 auf 17,6 Prozent zugenommen. Genauso hat sich die Verkehrsfläche erweitert. Innerhalb von knapp zehn Jahren ist sie von 10 auf 11,3 Prozent angewachsen. Insgesamt macht 2001 die Siedlungs- und Verkehrsfläche 31,1 Prozent der Gesamtfläche (4276,2 ha) aus, nachdem sie 1993 noch bei 29,3 Prozent lag. Die so genannte „Naturfläche“ liegt in Waiblingen also bei unter 70 %. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche nahm in Waiblingen allein von 1981 bis heute um 12% zu. Vergleicht man den Wert für die Siedlungs- und Verkehrsfläche mit den Landesangaben, so liegt der Landesdurchschnitt 2001 mit 13,2 Prozent deutlich unter dem Wert für Waiblingen. Um 1900 wurden in Baden-Württemberg erst 3,3 Prozent als Siedlungs- und Verkehrsfläche genutzt. Knapp 34 Prozent waren Wald, 61 Prozent wurden landwirtschaftlich genutzt.

Der Flächennutzungsplan 2015 wird mit rund 100 ha weitere potenzielle Siedlungs- und Verkehrsflächen zur Verfügung stellen. Das Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit weist darauf hin, dass die jährliche Flächeninanspruchnahme um 1/3 gesenkt werden müsste.

Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen

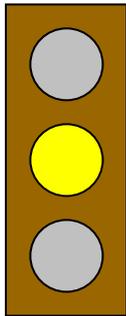
A4.0

INDIKATOR: Wasserverbrauch der privaten Haushalte in Liter pro Ew und Tag

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Wasserbedarf in Liter je Einwohner und Tag (l/Ew*d). In der Statistik ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen enthalten, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.



ZIELSETZUNG

Ein steigender Wasserverbrauch im Bereich privater Haushalte kann durch eine Veränderung der Verhaltensmuster und Konsumgewohnheiten verursacht werden. Beim Wasserverbrauch ist jedoch derzeit kaum eine klare Tendenz auszumachen – Haushalte, Dienstleistungsunternehmen und Kleingewerbe verbrauchen heute etwa so viel wie vor zwanzig Jahren, wobei es Schwankungen von Jahr zu Jahr bis zu 20% gibt. Auch gibt es von Kommune zu Kommune große Unterschiede; die zum Teil auf Sondereffekte zurückzuführen sind, die beispielsweise in Kurstädten und Fremdenverkehrsregionen zum Tragen kommen. Eine Stabilisierung des Wasserverbrauchs auf 100 l/Ew*d wäre jedoch eine vertretbare Größe.

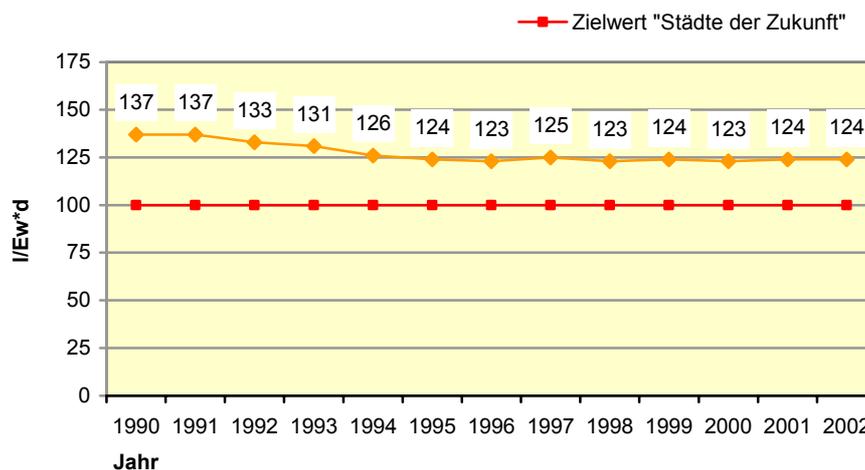


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

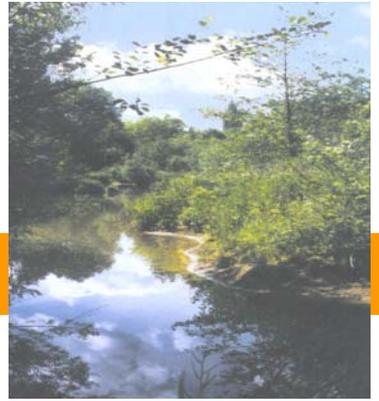
Der Wasserverbrauch ist in Waiblingen seit 1990 kontinuierlich rückläufig und hat sich seit 1998 auf einem relativ stabilen Niveau von 123 oder 124 Liter je Einwohner eingependelt. Insgesamt liegt der Verbrauch unterhalb des Bundesdurchschnitts, der 2002 bei 129 Liter je Einwohner lag.

Dieser Indikator ist stark durch das Verbraucherverhalten beeinflussbar. Ansatzpunkte für Wassereinsparungen sind der Austausch alter Haushaltsgeräte (Geschirrspüler, Waschmaschine) durch moderne, wassersparende Geräte, der Einbau von Durchflussbegrenzern und Perlatoren im sanitären Bereich sowie die Nutzung von Wasserspartasten bei Toiletten. Als Anreiz zum Wassersparen können die Gebühren für Trink- und Abwasser benutzt werden.

Wasserverbrauch der privaten Haushalte



Möglichst geringe Entnahme erneuerbarer Ressourcen



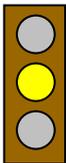
A4.1

INDIKATOR: Qualität der Oberflächengewässer

ÖKOLOGIE

DEFINITION DES INDIKATORS

Oberflächengewässer werden durch anthropogene Beeinträchtigung in Folge von Nutzung (z.B. Wasserentnahme, Abwassereinleitung, Schifffahrt) unterschiedlich stark beansprucht. Um die Auswirkungen des Nutzungsdrucks beurteilen zu können, sollte die Qualität von Oberflächengewässern anhand von Gewässeranalysen bestimmt werden. Als Maß für die Gewässergüte sollte der Anteil der Gewässer mit den Güteklassen "unbelastet" bis "mäßig belastet" (Güteklassen I, I-II und II) in Prozent der Gewässer insgesamt ausgewiesen werden. Bei der Bestimmung der Güteklassen wird zwischen der biologischen und der chemischen Methode unterschieden. Während die chemische Methode eine exakte Bestimmung der Art und Konzentration von Schadstoffen im Gewässer ermöglicht, dies jedoch immer nur eine Momentaufnahme sein kann, spiegelt sich im Ergebnis der biologischen Methode auch die längerfristige Belastung wider. Die biologische Methode der Gewässeranalyse ist in Deutschland durch die DIN 38410 einheitlich geregelt.



Qualität der Oberflächengewässer

ZIELSETZUNG

Die Überwachung der Gewässergüte soll

- einer Gefährdung der menschlichen Gesundheit vorbeugen,
- Wirkungen anthropogener Einflüsse auf aquatische Ökosysteme erfassen,
- den gegenwärtigen Stand der Gewässerbelastung dokumentieren,
- die Wirksamkeit der Maßnahmen des Gewässerschutzes anhand von Güteklassen anzeigen.

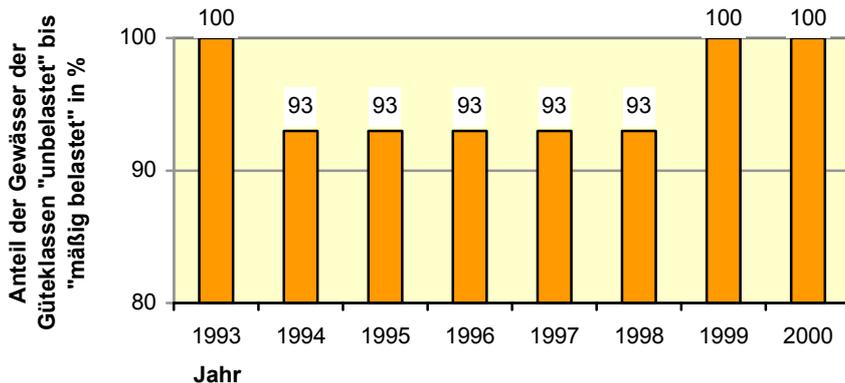
Das Umweltbundesamt nennt dabei als Zielvorgabe die Erreichung mindestens der Gewässergüteklasse II. Diese Zielvorgabe ist ein fachlich begründeter Orientierungswert für einen Gewässerzustand, bei dem die aquatischen Lebensgemeinschaften nicht geschädigt und Nutzungen nicht beeinträchtigt sind. Wird der vorgegebene Zielwert überschritten, so sollte dies als ein Signal für den Lokalen Agenda 21 Prozess gewertet werden. Eine gründliche Ursachenermittlung sollte durchgeführt werden.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Gewässerüberwachung nach der chemischen Methode von 14 Oberflächengewässern in Waiblingen ergab zwischen 1994 und 1998 einen 93%-Anteil von Gewässern mit den Güteklassen „unbelastet“ bis „mäßig belastet“ (Güteklassen I, I-II und II). In den Jahren 1993, 1999 und 2000 erfüllten alle Oberflächengewässer die Zielvorgaben des Umweltbundesamtes von der Erreichung der Güteklassen II und besser.

Als problematisch stellten sich bei der Untersuchung die stehenden Gewässer Alte Rems und RRB Kelter heraus, die in den Jahren 1994-1997 nur in die Gewässergüteklasse II-III eingeordnet werden konnten.

Die Qualität der Oberflächengewässer wird u.a. stark von Schadstoffeinträgen durch die Industrie und die Landwirtschaft beeinflusst. Wünschenswert wäre daher u.a. die Belastungsreduzierung durch chemische, metallverarbeitende und andere Industriezweige sowie Reduktion der Einträge aus der Landwirtschaft. Die Belastung durch die Ausläufe der Kläranlagen hat sich in den letzten Jahren durch den hohen Reinigungsgrad deutlich reduziert.



Möglichst niedriger Energie-Einsatz

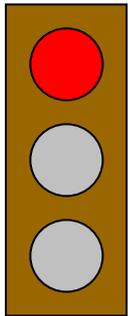
A5.0

INDIKATOR: Stromverbrauch der privaten Haushalte in kWh pro Ew

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier der spezifische Stromverbrauch je Einwohner und Jahr. In der Statistik enthalten ist der Verbrauch von Haushalten, Kleingewerbe und Dienstleistungsunternehmen, nicht aber der Verbrauch öffentlicher Einrichtungen und von Industriebetrieben.



ZIELSETZUNG

Angesichts steigender Energiekosten wird Energieeinsparung auch in absehbarer Zeit die beste Energiequelle bleiben. Im Rahmen von Lokalen Agenda 21-Prozessen ist die Formulierung lokaler Energieversorgungskonzepte ein wichtiges Instrument zur Gestaltung eines zukunftsfähigen Energiesystems. Eine Absenkung des Stromverbrauchs (um etwa 30%) wäre jedoch machbar und in jedem Fall ein wichtiger Beitrag zur nachhaltigen Entwicklung.

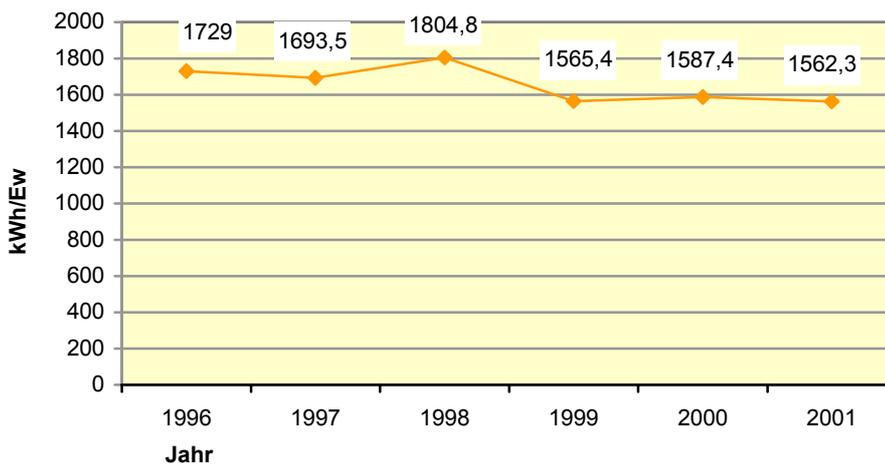
Als Zielwert für Ein-Personen-Haushalte sieht die Energieagentur NRW einen jährlichen Stromverbrauch von 800 bis 1.100 kWh vor, für Zwei-Personen-Haushalte von 1.200 bis 1.500 kWh, für Drei-Personen-Haushalte von 1.600 bis 2.000 kWh und für Vier-Personen-Haushalte von 2.000 bis 2.600 kWh.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Stromverbrauch ist in Waiblingen – nach einem stetigen Anstieg bis 1998 – seitdem kontinuierlich gesunken. Dabei lag der Pro-Kopf-Verbrauch 1998 sogar noch über dem Bundesdurchschnitt. Seit 1999 geht jedoch der Verbrauch zurück. Ein Grund hierfür dürfte in der Liberalisierung des Strommarktes liegen, die ermöglichte, seinen Strom bei bundesweit agierenden Energieversorgern zu bestellen, sodass den Waiblinger Stadtwerken Kunden verloren gegangen sind.

Um den Pro-Kopf-Verbrauch zu mindern, kann jeder Bürger durch sparsamen Verbrauch beitragen. Oft ist es schon ausreichend, elektrische und elektronische Geräte nicht unnötig laufen zu lassen (auch nicht im Stand-by-Betrieb), Energiesparlampen einzusetzen, alte Geräte mit hohem Stromverbrauch gegen moderne Geräte mit niedrigerem Energieverbrauch auszutauschen. Daneben kann mit Hilfe einer Photovoltaikanlage ein Teil des Stroms für den Eigenverbrauch selbst erzeugt werden. Hier greift auch das Photovoltaik-Förderprogramm der Stadtwerke Waiblingen. Neben dem sparsamen Umgang mit Strom bekommt die Erzeugung von regenerativem Strom eine immer größere Bedeutung.

Stromverbrauch der privaten Haushalte



Möglichst niedriger Energieeinsatz



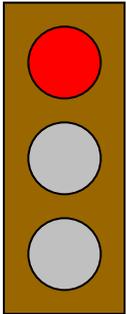
A5.1

INDIKATOR: Leistung der Solarstrom-Anlagen (Photovoltaik-Anlagen) in Waiblingen

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird hier die jährlich installierte Leistung an Photovoltaik-Anlagen. Sie wird in Beziehung gesetzt zur gesamten Leistung an Solarstromanlagen.



■ ZIELSETZUNG

Der Ausbau erneuerbarer Energieträger sollte in einer Kommune vorrangige Aufgabe sein. Je nach den örtlichen Gegebenheiten kann sich die Kommune unter Umständen auf Windenergie, Solarenergie oder Kraft-Wärme-Kopplung konzentrieren. Um den Ausbau zu fördern, sollte die Kommune Förderprogramme zum Einstieg in die Nutzung erneuerbarer Energien auflegen. Nur so werden sich die privaten Haushalte dazu bereit finden, diese Technologie auch zu nutzen. Parallel sollte die Kommune auch verstärkt in ihren eigenen Dienstgebäuden auf die Nutzung von erneuerbarer Energie setzen. Hierzu bieten sich etwa Schulen, Turnhallen und Schwimmbäder an.

Auf dem Weltgipfel von Johannesburg im Jahre 2002 wurde als dringendes mittelfristiges Ziel genannt, den Anteil regenerativer Energien auf über 15% zu erhöhen.

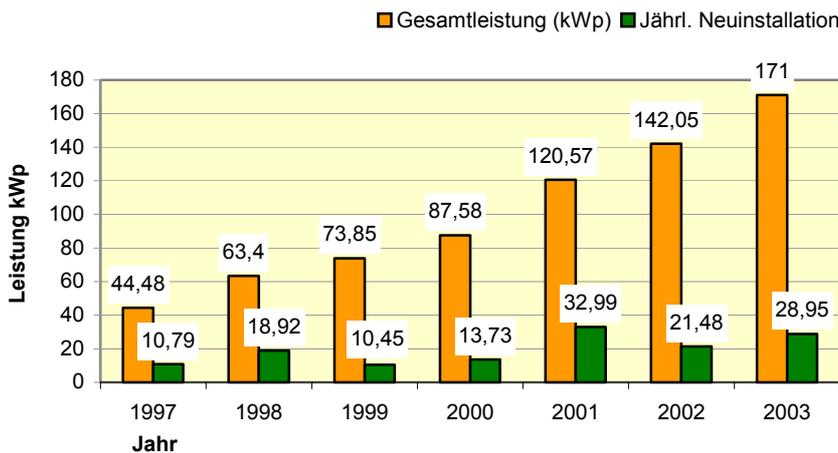
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Waiblingen sind seit 1998 kontinuierlich neue Solarstrom-Anlagen installiert worden. Zwischen 1997 und 2003 hat sich die installierte Leistung um das Vierfache erhöht (Erfolg des kommunalen Förderprogramms). In der Bundesrepublik ist in der gleichen Zeit das Leistungsvolumen um mehr als das Dreifache gestiegen. Damit liegt Waiblingen über dem Bundestrend.

In den letzten Jahren sind mehrere Solaranlagen (sowohl Photovoltaik als auch Thermie) auf städtischen Gebäuden installiert worden. Das Dach der Gemeindehalle Hohenacker wurde einem Unternehmen zur Installation einer Photovoltaik (PV)-Anlage kostenlos zur Verfügung gestellt.

Noch liegt allerdings der Anteil regenerativer Energien am Gesamtenergieverbrauch auf sehr niedrigem Niveau, trotz vier Flusskraftwerken, zahlreicher PV-Anlagen, einem gut funktionierendem Förderprogramm der Stadtwerke und weiterer Programme von Land und Bund. Die Mittel des Top Tarifs natur kommen ebenfalls der Installation von Anlagen zur Gewinnung von regenerativen Energien zu Gute. Schon lange bemühen sich die Stadt Waiblingen und die Kreishandwerkerschaft sowie die Umweltverbände gemeinsam um den Ausbau der regenerativen Energien.

Solarstromanlagen (Photovoltaik) gesamt und jährlich installierte Leistung in kWp



Möglichst niedriger Energie-Einsatz



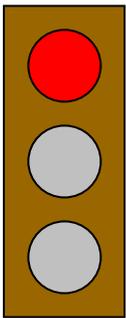
A5.2

INDIKATOR: CO₂-Emissionen in t pro Ew

Ö K O L O G I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Die Kohlendioxid-Emissionen lassen sich nicht flächendeckend messen, sondern sie müssen in der Regel auf der Grundlage der eingesetzten Energieträger berechnet werden. Theoretisch bereitet dies eigentlich keine größeren Probleme, da beim Verbrennen z.B. einer Tonne Heizöl ungefähr 2,6 Tonnen Kohlendioxid freigesetzt wird; in der Praxis stellt sich – gerade auf der kommunalen Ebene – allerdings das Problem, dass man näherungsweise ermitteln muss, wieviel Kraftstoffe, Kohle, Erdgas etc. tatsächlich verbraucht wurden. Zwar wurden in einigen Kommunen verschiedene Modellrechnungen durchgeführt (z.B. in Hamburg), doch steht eine Standardisierung der Methode noch aus.



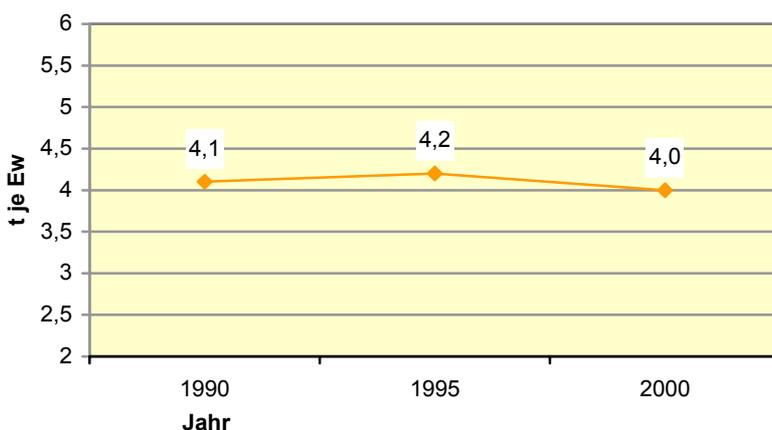
■ ZIELSETZUNG

Die Bundesrepublik hat sich auf internationalen Konferenzen wiederholt zu einer deutlichen Reduzierung der CO₂-Emissionen bekannt. Neben der Verpflichtung im Rahmen des EU-Anteils zum Kyoto-Abkommen, aus der sich für Deutschland eine Reduktion der Treibhausgase um 21 Prozent für den Zeitraum 2008 bis 2012 gegenüber 1990 ergibt, besteht weiterhin die Selbstverpflichtung zu einer Reduktion um 25 Prozent bis 2005. Die Mitgliedsstädte des internationalen Klimabündnisses, dem mehrere hundert Städte in Deutschland beigetreten sind, haben sich gar zu einem Rückgang um 50% bis 2010 verpflichtet. Noch weit darunter liegt der Wert, der sich aus der geschätzten Aufnahmekapazität der weltweiten Ökosysteme ergibt. Unter der Annahme, dass jedem Menschen prinzipiell das gleiche Recht auf Nutzung der globalen Umwelt zusteht, lässt sich ein Pro-Kopf-Wert von derzeit 2,4 bis 2,5 Tonnen errechnen.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Für die Städte des Rems-Murr-Kreises werden keine gesonderten CO₂-Emissionen durch die Statistische Landesamt Baden-Württemberg ausgewiesen. Deshalb handelt es sich bei den hier angegebenen Zahlen um die CO₂-Emissionen in Tonnen je Einwohner des Rems-Murr-Kreises. Aus den zur Verfügung stehenden Daten ergibt sich ein nahezu konstanter CO₂-Ausstoß von rund 4 Tonnen je Einwohner. Dieser verteilt sich auf Haushalte und sonstige Kleinverbraucher, industrielle Feuerungsanlagen und Verkehr. In absoluten Zahlen nahmen dabei die CO₂-Emissionen über die Jahre um 11% zu, wobei der höchste Zuwachs bei den Haushalten und Kleinverbrauchern sowie dem Verkehr zu verzeichnen ist. Um den ökologisch-sozialen Wert von 2,4 bis 2,5 Tonnen pro Kopf zu erreichen, müsste der Rems-Murr-Kreis seinen CO₂-Ausstoß insgesamt um 1,6 Tonnen je Einwohner (rund 40%) verringern. Dabei ist zu beachten, dass die vor Ort freigesetzten Emissionen nicht in unmittelbarem Bezug zu lokal auftretenden Folgewirkungen, sondern als Teil einer Gesamtproblematik auf nationaler und internationaler bzw. globaler Ebene zu sehen sind. Im Rahmen des 1998 erstellten Klimaschutzgutachtens ergab sich für Waiblingen ein jährlicher CO₂-Ausstoß von rund 350.000 Tonnen – ohne den Sektor Verkehr, der insgesamt einen Anteil von rund 30% hat. Pro Kopf ergibt sich dadurch abweichend von der Kreisbilanz ein Wert von mehr als 8 Tonnen CO₂/Jahr. Somit liegt Waiblingen über dem Landesdurchschnitt von 7,5 Tonnen. Maßnahmen zur Energieeinsparung, zur effizienten Nutzung und zum Ausbau der regenerativen Energien sind dringend zu forcieren, will man dem Klimaschutz eine Chance geben.

CO₂-Emissionen in t pro Einwohner



Möglichst niedriger Energie-Einsatz



A5.3

INDIKATOR: Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe in kWh pro Ew

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Mit dem Indikator wird der gesamte Energieverbrauch der kommunalen Dienststellen und Betriebe erfasst. Um eine Vergleichbarkeit im Zeitverlauf zu ermöglichen, muss darauf geachtet werden, ob es Veränderungen bei der Anzahl und der Zusammensetzung der Grundeinheiten gegeben hat (wenn z.B. kommunale Aufgaben oder Betriebe ausgegliedert oder privatisiert wurden). Ein interkommunaler Vergleich ist hier schwierig, da Kommunen mit ihren Betrieben unterschiedliche Aufgabenspektren abdecken.

ZIELSETZUNG

Gerade kommunale Dienststellen und Betriebe können durch gezielte Projekte und Maßnahmen ihren Bewohnern deutlich machen, wie und auf welche Weise Energie eingespart oder auf andere Energieformen gesetzt werden kann. Ziele sollte auf jeden Fall die kontinuierliche Verminderung des Energieverbrauchs kommunaler Dienststellen und Betriebe sein.

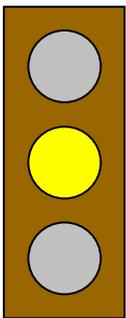
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe ist von 1990 bis 1998 von 509 auf 411 kWh/Einwohner oder um 19,3% gesunken. Diese erfreuliche Entwicklung geht auf gezielte Anstrengungen der Stadt Waiblingen zurück. So wird nicht nur die Stadtkasse, sondern auch die Umwelt geschont und die Lebensqualität erhöht.

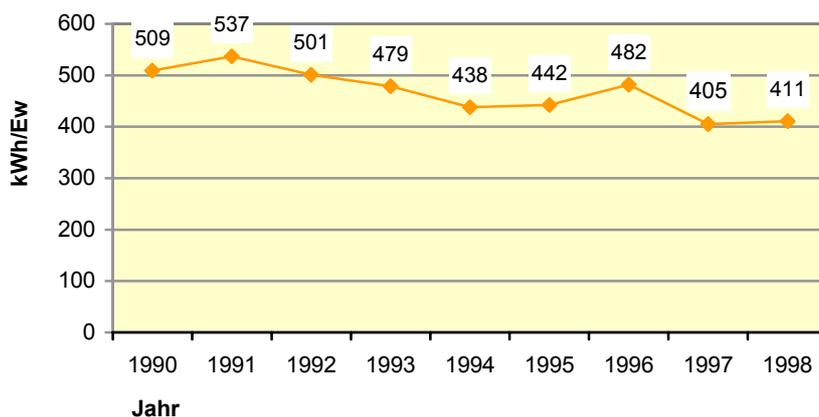
Beispiele für Maßnahmen sind unter anderem fortschrittliche Gebäudedämmung, Umstellung auf energiesparende Gerätetechnik und energiesparendes Verhalten.

Gerade im Verhaltensbereich gibt es noch erhebliche Einsparpotenziale, was bei Gesamtenergiekosten von über 1,5 Mio. Euro eine erhebliche Kostenreduktion mit sich bringen könnte.

Insgesamt liegt der Energieverbrauch der städtischen Liegenschaften trotz positiver Entwicklung noch auf zu hohem Niveau, weitere Maßnahmen gerade im Altbaubestand könnten Kosten- und Energieeinsparungen von bis zu 50% bringen.



Energieverbrauch kommunaler Dienststellen und Betriebe



Umwelt- und sozialverträgliche Mobilität



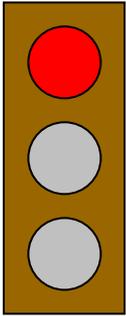
A6.0

INDIKATOR: Anzahl der Pkw pro 1.000 Ew

Ö K O L O G I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird der Bestand der Pkw, differenziert nach Schadstoffklassen, wobei nicht zwischen angemeldeten und vorübergehend stillgelegten Fahrzeugen unterschieden wird. Mopeds und Krafträder bleiben unberücksichtigt.



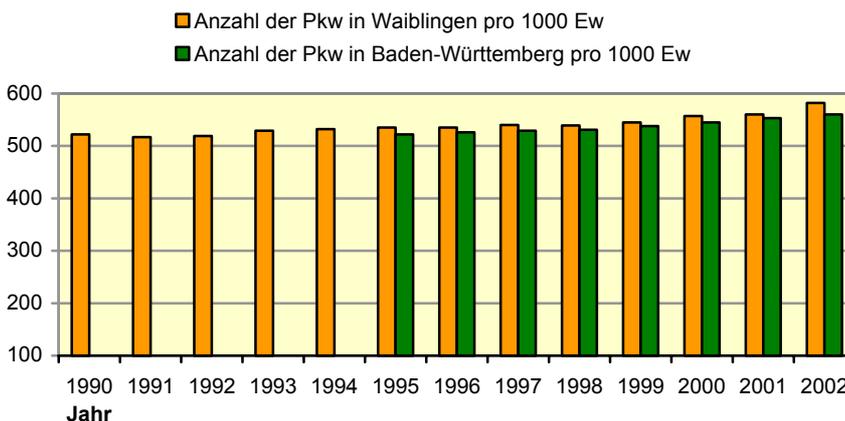
ZIELSETZUNG

Die Entwicklung im motorisierten Individualverkehr der letzten Jahrzehnte kann nicht als nachhaltig bezeichnet werden. Es gibt kaum ein anderes Techniksystem, das in so vielen Bereichen Schäden anrichtet. Doch ist es auch nicht hilfreich, das Auto pauschal zu verteufeln. Ziele müssen regional und lokal angepasst formuliert werden, da sich geografische Gegebenheiten, die örtliche Infrastruktur und nicht zuletzt die Siedlungsdichte erheblich unterscheiden. Generell kann jedoch eine Zielhierarchie formuliert werden: Überflüssige Fahrten sollten vermieden werden, die restlichen Verkehrsleistungen sollten so weit wie möglich auf den öffentlichen Personenverkehr, auf Fahrräder oder die eigenen Füße verlagert werden. Der dann noch notwendige Pkw-Verkehr sollte, wo es aus Gründen der Sozialverträglichkeit notwendig ist, verlangsamt und vor allem technisch optimiert werden.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Anzahl der PKW pro 1.000 Einwohner ist in Waiblingen seit 1990 kontinuierlich gestiegen. Sie entwickelte sich von 522 auf 557 und befindet sich damit auf dem Landesniveau. Dies entspricht einer Steigerung um knapp 7%. Hier gibt es für die Stadt Waiblingen noch weiteren Handlungsbedarf, vor allem was den Ausbau und die Attraktivität des öffentlichen Personennahverkehrs angeht, zumal der Trend zum weiteren Ausbau, nämlich zum Zweit- und Dritt-Fahrzeug anhalten wird. Dabei kann auf die bereits umgesetzten Aktivitäten wie Ausweitung von Buslinien, Taktverdichtungen, Förderung von Busmehrfahrtenkarten, Nachtbusangebot, Rufauto, Busbeschleunigung, Firmenticketaktionen etc. aufgebaut werden. Mögliche Alternativen zum Pkw müssen den Bürgern offensiv und nachdrücklich aufgezeigt werden. Maßnahmen wie die Verbesserung des Radwegenetzes, des Fußwegenetzes oder das Car-Sharing ergänzen Maßnahmen im Bereich ÖPNV. Der im Jahre 2000 fertiggestellte Gesamtverkehrsplan gibt einen Überblick über zahlreiche Maßnahmen. Der aktuelle Motorisierungsgrad ist mit einer nachhaltigen Lebensweise nicht vereinbar. Zu hoch ist der Flächenverbrauch für Straßenbau, die Lärmbelastung und auch die Belastung der Luft mit Schadstoffen wie dem krebserregenden Dieselruß oder Benzol.

Anzahl der Pkw in Waiblingen



Gleichmässige Verteilung von Arbeit



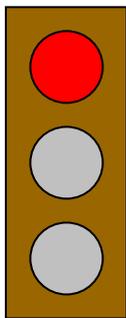
B1.0

INDIKATOR: Arbeitslosenzahlen
(differenziert nach Frauen und Männern)

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Mit der Arbeitslosenquote wird der Anteil der beim Arbeitsamt registrierten Arbeitslosen an den abhängigen zivilen Erwerbspersonen (sozialversicherungspflichtig Beschäftigte, Beamte, Arbeitslose) gemessen, ausgedrückt in Prozent. In Städten mit einer bestimmten Größenordnung sind indes nur die Arbeitslosenzahlen und nicht die Arbeitslosenquoten vom Statistischen Landesamt zu erhalten. Eine Differenzierung nach Frauen und Männern erlaubt Aussagen über geschlechtsspezifische Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt.



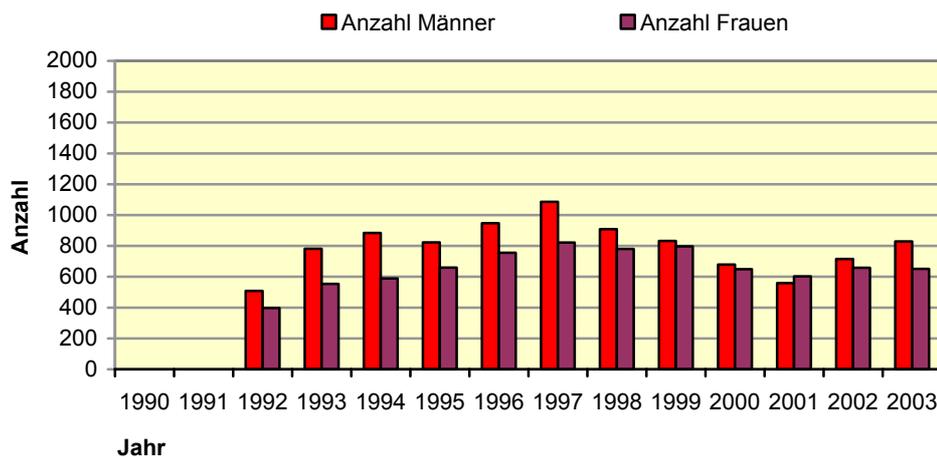
ZIELSETZUNG

Eine hohe Arbeitslosigkeit verändert die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Region entscheidend: Die Zahl von Sozialhilfeempfängern und Obdachlosen steigt in der Regel an, mit Arbeitslosigkeit sind oft auch psychosoziale Probleme verbunden. Während von Mitte der fünfziger bis Ende der sechziger Jahre die Arbeitslosenquote bundesweit deutlich unter 2% lag, hat sie sich seit Mitte der siebziger Jahre kontinuierlich nach oben entwickelt. Als Ziel wäre für eine nachhaltige Gesellschaft anzustreben, dass jeder Erwerbswillige Zugang zu einem Arbeitsplatz gemäß seiner Qualifikation hat – und Frauen und Männer sollten von Arbeitslosigkeit, sofern sie überhaupt auftritt, gleichermaßen betroffen sein.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Anzahl der Arbeitslosen ist zwischen 1992 und 2003 in Waiblingen insgesamt von 908 auf 1.480 gestiegen; das entspricht einem Anstieg von 63% Prozent. Der höchste Stand wurde 1997 erreicht, in diesem Jahr waren 1.908 Personen in Waiblingen erwerbslos. Bis 2001 ist die Zahl entgegen dem Bundestrend kontinuierlich gefallen, danach war wieder ein Anstieg zu verzeichnen. Differenziert man nach Frauen und Männern, so fällt auf, dass es in den Jahren 1992 bis 1997 eindeutig mehr arbeitslose Männer als Frauen gab. Seither ist das Verhältnis fast ausgeglichen, was Ausdruck der gestiegenen Erwerbstätigkeit von Frauen ist, die dann auch gleichermaßen von Arbeitslosigkeit bedroht sind.

Arbeitslosenzahlen



Gleichmässige Verteilung von Arbeit



B1.2

INDIKATOR: Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen

Ö K O N O M I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

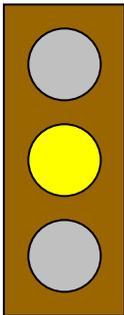
Es handelt sich hierbei um die beim Arbeitsamt gemeldeten Personen, die länger als ein Jahr ohne Beschäftigung sind. Als Bezugsgröße wird die Gesamtzahl der Arbeitslosen herangezogen.

■ ZIELSETZUNG

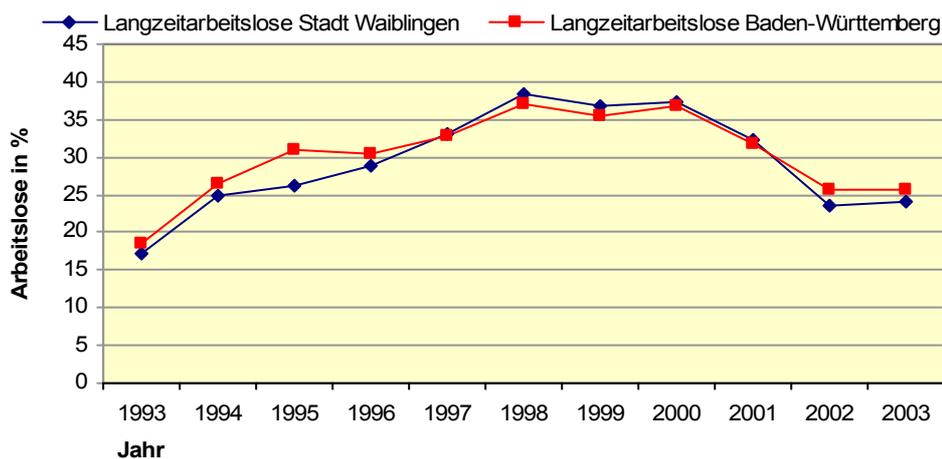
Eine weiter steigende Zahl der Langzeitarbeitslosen wird die wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse einer Kommune entscheidend verändern, indem die Zahl der Sozialhilfeempfänger und der Wohnungslosen anwächst. Dem Leben langfristig Arbeitsloser fehlen vor allem Zeitstrukturen und soziale Anerkennung. Vor allem zeigt sich aber, dass Menschen, deren Lebensgestaltung zuvor in hohem Maße von Erwerbsarbeit geprägt war, im Falle der Arbeitslosigkeit nicht in der Lage sind, ihre Identität einfach „umschalten“, Freizeitaktivitäten, Ehrenämter oder die Familie können nicht plötzlich zum Mittelpunkt der Lebensgestaltung werden. Deshalb sind unter nachhaltigen Perspektiven geeignete kommunale Programme für Langzeitarbeitslose zu schaffen.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Anteil der Langzeitarbeitslosen ist in Waiblingen im Zeitraum von 1993 bis 2003 von 17,2% auf 24,0% gestiegen. Der Spitzenwert wurde 1998 mit 38,5% erreicht. Seit einigen Jahren hat sich die Situation wieder leicht entspannt und der Wert ist rückläufig. Seit 2001 steigt der Anteil der Langzeitarbeitslosen aber wieder leicht an. Interessanterweise liegt der Anteil der Langzeitarbeitslosen in Waiblingen seit 2001 unter dem Landeswert.



Anteil der Langzeitarbeitslosen an der Gesamtzahl der Arbeitslosen



Möglichst hoher regionaler Selbstversorgungsgrad



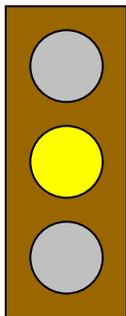
B2.0

INDIKATOR: Anteil der Anbieter überwiegend regionaler Nahrungsmittel auf dem Wochenmarkt

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zuordnung erfolgt nach dem Kriterium, ob der überwiegende Anteil der Produkte eines Anbieters auf dem Wochenmarkt – also über 50% – in der Region erzeugt wurde. Aus Gründen der praktikablen Erhebung der Daten ist eine Beschränkung auf das Produktangebot erforderlich, da Umsatz- und Mengenanteile der regionalen Produkte nur sehr schwer zu ermitteln sind.



ZIELSETZUNG

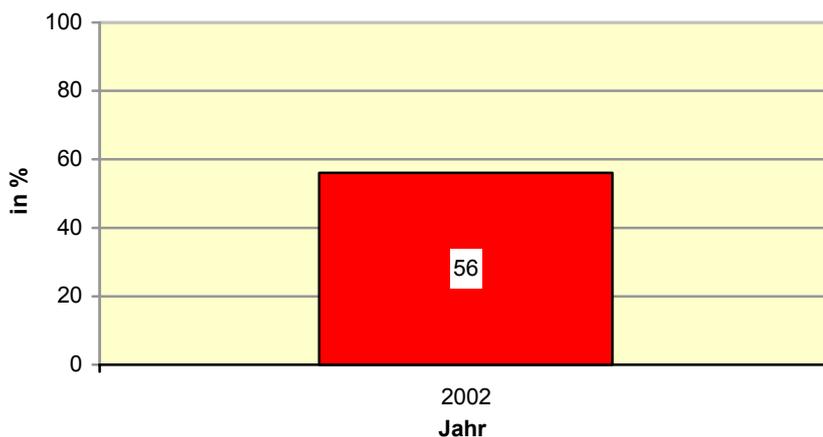
Regionale Vermarktung und ökologisch orientierte Produktionsweisen sind die wichtigsten Merkmale einer nachhaltigen Landwirtschaft. Die Notwendigkeit veränderter Produktionsformen, die Verkürzung von Transportwegen und die Wiedergewinnung des Vertrauens der Konsumenten sprechen für einen hohen Anteil regionaler Produkte. Der regionale Absatzmarkt ist auf eine möglichst breite Angebotspalette angewiesen. Dies erfordert eine kleinräumigere und arbeitsintensivere Produktionsweise und begünstigt damit auch den ökologischen Landbau. Die Zahl der Anbieter regionaler und umweltgerecht erzeugter Produkte sollte somit der Gesamtzahl der Anbieter entsprechen, sofern die regionalen Gegebenheiten ein umfassendes Angebot ermöglichen. Eine Sonderrolle nehmen hier naturgemäß spezialisierte Anbieter – etwa von Südfrüchten – ein, wobei hier das Kriterium „fair gehandelte Produkte“ einbezogen werden könnte.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Erhebung von insgesamt 27 Anbietern auf dem Wochenmarkt im Juni 2002 ergab eine Verteilung der regionalen und übrigen Anbieter von 56% bzw. 44%. Für das Angebot an Produkten aus regionaler Erzeugung (30 km Radius) ergibt sich also ein leichtes Übergewicht. Hauptsächlich wurden Gemüse und Obst aus regionalem Anbau (73,3%), aber auch Blumen und Käse/Wurst (jeweils 13,3%) aus regionaler Produktion angeboten. Die Anbieter anerkannter ökologischer Produkte spielen hingegen nur eine untergeordnete Rolle (nur ein Anbieter). Dabei ist zu beachten, dass die Einordnung der Anbieter noch keine Rückschlüsse auf den mit regionalen und ökologisch erzeugten Produkten erzielten Umsatz bzw. Marktanteil zulässt. Die Händler und überregionalen Anbieter können das Gesamtangebot des Wochenmarkts sinnvoll ergänzen und somit die Attraktivität des Marktes im Vergleich etwa zu Supermärkten erhöhen.

Die ökologische Landwirtschaft produziert mit erheblich geringerem Energieeinsatz als konventionelle Agarrbetriebe, nicht zuletzt wegen dem Verzicht auf energieintensive Düngemittel. Aufgrund der Verkürzung der Transportwege durch die regionale Vermarktung werden ebenfalls Energie und Emissionen eingespart.

Anbieter von regionalen Produkten auf dem Wochenmarkt



Ausgeglichene Wirtschaftsstruktur



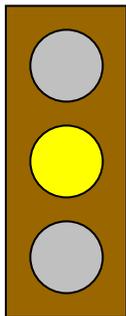
B3.0

INDIKATOR: Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kreis der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten umfasst alle Arbeitnehmer, die krankenversicherungs-, rentenversicherungs- und/oder beitragspflichtig nach dem Arbeitsförderungsgesetz sind oder für die von den Arbeitgebern Beitragsanteile zu den gesetzlichen Rentenversicherungen zu entrichten sind. Die Statistischen Landesämter unterscheiden drei Wirtschaftsbereiche, nämlich (1) Land- und Forstwirtschaft sowie Fischerei und Bergbau (primärer Sektor), (2) produzierendes Gewerbe (sekundärer Sektor) sowie (3) Handel und Verkehr sowie sonstige Dienstleistungen (tertiärer Sektor). Stichtag für die jeweilige Erhebung ist der 30. Juni eines jeden Jahres.



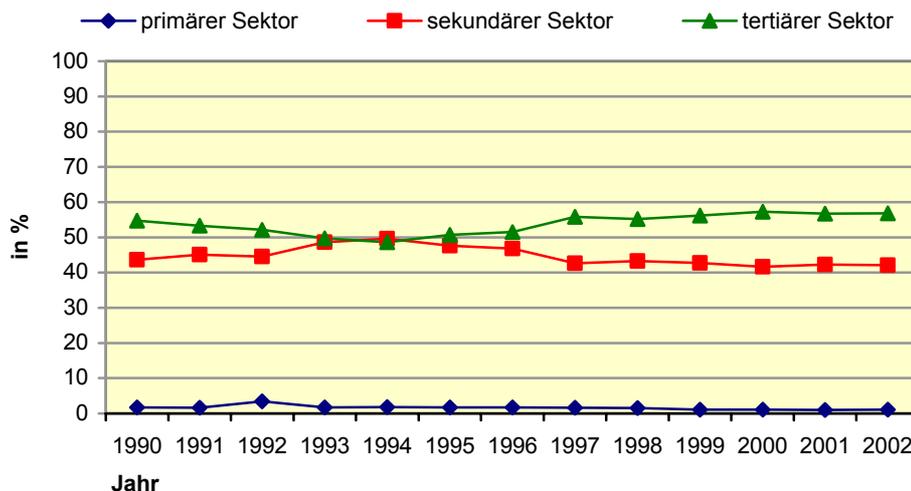
Anteil der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten

ZIELSETZUNG

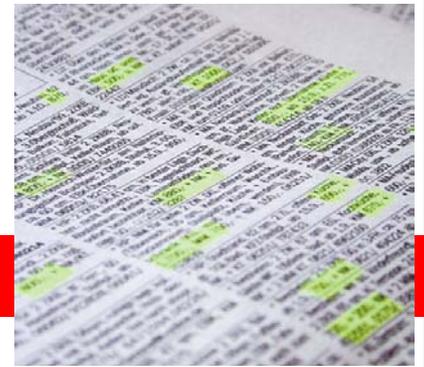
2001 arbeiteten in Deutschland 1,4% der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten in der Land- und Forstwirtschaft, 29,8% im produzierenden Gewerbe und 68,9% im Dienstleistungsbereich. In einer nachhaltigen Gesellschaft sollte jedoch versucht werden, den tertiären Sektor nicht zu Lasten des primären und sekundären Sektors zu stärken, sondern auf eine harmonische Entwicklung der drei Sektoren zu achten. Je weniger sich eine Region nur auf den Ausbau von Dienstleistungsbranchen konzentriert und statt dessen ein potientiell Gleichgewicht zwischen sekundärem und tertiärem Sektor zu erzielen versucht, ohne den primären Sektor zu vernachlässigen, desto geringer ist künftig deren wirtschaftliche Anfälligkeit.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In der Aufteilung der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten nach Wirtschaftsbereichen haben sich in Waiblingen seit Anfang der 90er Jahre einige Änderungen ergeben: War im Jahre 1990 der Anteil des produzierenden Gewerbes mit 56,4% gegenüber 43,6% im Dienstleistungssektor noch dominierend, so hat sich das Verhältnis bis 2002 geradezu umgekehrt. Heute arbeiten 42,1% im sekundären Sektor und 56,8% im tertiären. Die Entwicklung entspricht dem bundesweiten Trend zu mehr Dienstleistungen und weniger Industrietätigkeit. Der landwirtschaftliche Sektor blieb über die Jahre kaum verändert bei ca. 1%.



Hohe Preisniveaustabilität



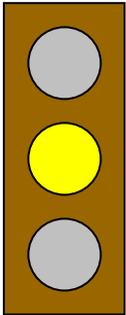
B4.0

INDIKATOR: Preisindex der Mieten

Ö K O N O M I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mietspiegel werden in der Bundesrepublik bislang nur in wenigen Gemeinden erstellt. Darüber hinaus weicht die Methode, mit der standardisiert Informationen über die Entwicklung von Mieten erarbeitet werden, von Gemeinde zu Gemeinde zum Teil sehr stark voneinander ab. Für diesen Indikator wurde daher ein eigenes Berechnungsverfahren für einen Mietpreis-Index entwickelt.



■ ZIELSETZUNG

Es kommt darauf an, dass sich die Mietpreise nicht allzu sehr von der allgemeinen Preisentwicklung abkoppeln. Die Zunahme der Einpersonenhaushalte führt zu einem steigenden Bedarf nach Wohnungen und zu damit verbundenen Mietpreiserhöhungen. Noch immer zeigen sich bei den Wohnungsmieten oftmals hohe Teuerungsraten. Es ist zunächst anzustreben, dass diese Teuerungsrate nicht über dem Schnitt der allgemeinen Teuerungsrate liegt. Ein generelles Ziel für eine zukunftsfähige Entwicklung ist eine verlässliche langfristige Kalkulationsmöglichkeit für die Bürgerinnen und Bürger und damit insgesamt möglichst niedrige Teuerungsraten.

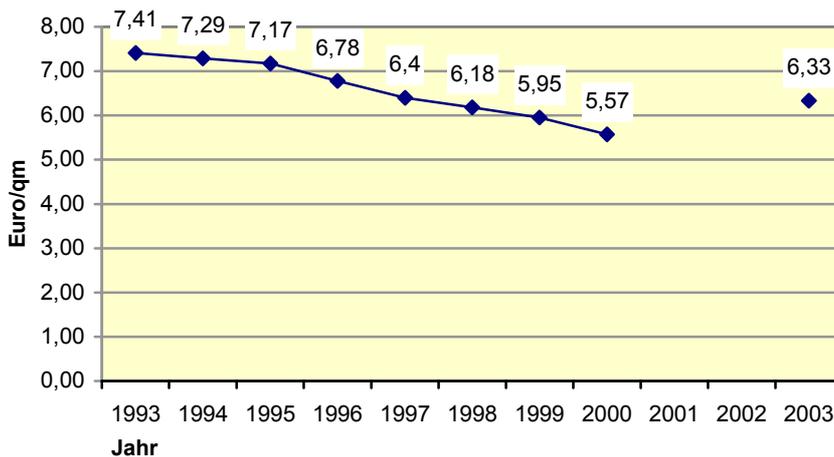
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Mieten sind in Waiblingen zwischen 1993 und 1999 kontinuierlich gefallen. Kostete die Miete für eine Drei-Zimmer-Wohnung pro Quadratmeter Anfang der 90er Jahre noch durchschnittlich 7,41 Euro, so waren es „preisbereinigt“ sieben Jahre später „nur“ 5,57 Euro. Dies entspricht einem Rückgang von ca. 20%. Die damit einhergehende Kosteneinsparung für die Bürger der Stadt Waiblingen ist sehr zu begrüßen.

2003 ergibt sich allerdings wieder ein leichter Anstieg des Mietpreisniveaus.

Der Anteil der Mietkosten an den Ausgaben eines Haushaltes nimmt mittlerweile bei vielen Haushalten den ersten Platz bei den monatlichen Verbrauchsausgaben ein.

Preisindex der Mieten



Hohe Preisniveaustabilität



B4.2

INDIKATOR: Verkaufspreis für Baugrundstücke in Euro pro qm

Ö K O N O M I E

■ DEFINITION DES INDIKATORS

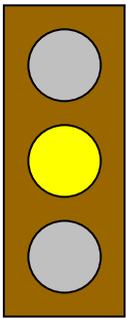
Die Verkaufspreise für Baugrundstücke liegen nicht vor. Statt dessen wurden zur Erfassung des Indikators die Kaufwerte für baureife Wohnbauflächen herangezogen. Die Quadratmeterpreise für die Grundstücke konnten bei den kommunalen Gutachterauschüssen eingesehen werden.

■ ZIELSETZUNG

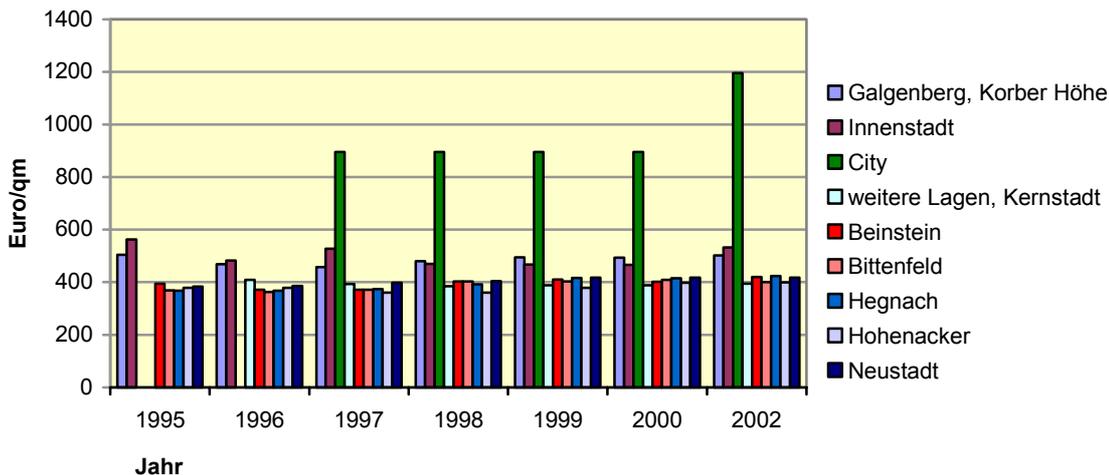
Für diesen Indikator ist es äußerst problematisch, ein konkretes Ziel vorzugeben: Liegen die Bodenpreise auf einem vergleichsweise geringen Niveau, so wird die Kommune viele neue Einwohner „anlocken“, die sich dann ein eigenes Heim bauen werden. Dies erhöht die Steuereinnahmen für die Kommune, führt aber auch zu Folgekosten (z.B. im Straßenbau, Anschluss an das Energie- und Wassernetz). Bei hohen Bodenpreisen kann es wiederum dazu führen, dass die Kommune keine neuen Bewohner mehr anspricht oder die Bewohner in Nachbargemeinden abwandern. Somit kann sich die Alterspyramide langsam zuungunsten junger Menschen entwickeln, wodurch sich im sozialen Bereich nachhaltige Konsequenzen ergeben, indem etwa die Zahl der Kindergärten- und der Schulplätze kontinuierlich zurückgeht.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Entwicklung des Bodenpreises für baureife Wohnbauflächen verlief in Waiblingen uneinheitlich. Von 1995 bis 2002 stieg er in der Citylage kontinuierlich an, in den anderen Gebieten scheint der Preis relativ stabil zu sein.



Baureife Wohnbauflächen in Waiblingen 1995 bis 2002



Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte



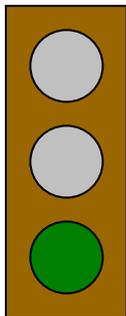
B5.0

INDIKATOR: Kommunale Schulden je Ew
in Euro (2000 = 100)

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Kommunale Schulden sind alle am Ende eines Jahres bestehenden Schulden bei inländischen Kreditinstituten, Versicherungen, Bausparkassen, der Sozialversicherung sowie im Ausland direkt aufgenommene Darlehen. Außerdem zählen dazu Wertpapierschulden wie Anleihen, Bundesschatzbriefe, Schatzanweisungen und Kassenobligationen, für die Gebietskörperschaften Schuldner sind. Um einen Eindruck von der realen Entwicklung des kommunalen Schuldenstandes zu bekommen, wird die Zeitreihe preisbereinigt.



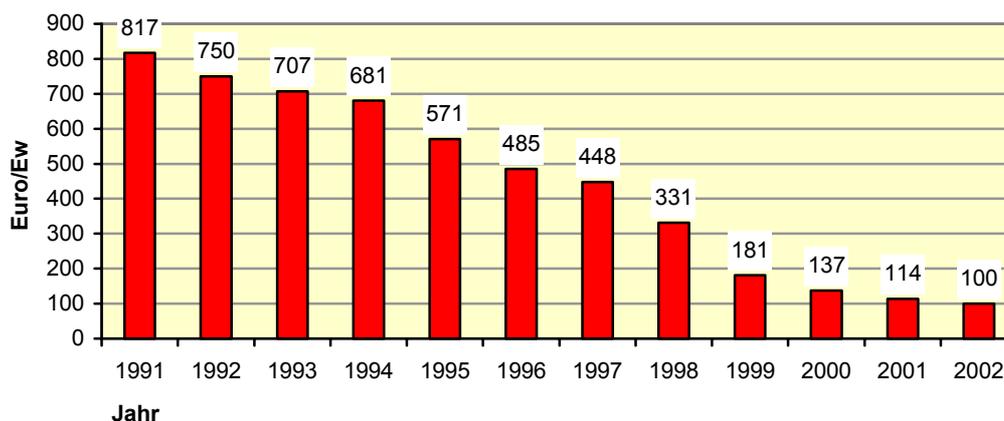
ZIELSETZUNG

Die kommunalen Schulden werden künftige Generationen belasten. Bei einer steigenden Schuldenbelastung der Einwohner kann dies letztlich dazu führen, dass die Kommunen als Folge der wachsenden Zinszahlungen weniger Handlungsspielräume haben, um beispielsweise Sozialleistungen zu gewähren und umweltpolitische Maßnahmen durchzuführen. Daher sollte ein weiterer Anstieg der kommunalen Schulden nach Möglichkeit vermieden, in günstigen Fällen die Schulden wieder abgebaut werden. Bei der Bewertung der jeweiligen Indikatorwerte sollte zudem analysiert werden, wofür die aufgenommenen Kredite in der Vergangenheit verwendet wurden und ob es sich bei den damit getätigten Ausgaben um Investitionen im Sinne der Nachhaltigkeit handelt.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die kommunalen Schulden pro Einwohner der Stadt Waiblingen sind von 1991 bis 2002 kontinuierlich und rapide gefallen. So konnte die Belastung von 817 Euro auf 100 Euro pro Einwohner gesenkt werden, das entspricht einem Rückgang von 88%. Die Werte sind inflationsbereinigt, das Basisjahr ist 2000. Die dadurch reduzierte Zinsbelastung schafft Spielraum im Waiblinger Haushalt für weitere nachhaltige Projekte. In den kommenden Jahren ist allerdings mit einem leichten Anstieg der Verschuldung pro Waiblinger Bürger zu rechnen.

Kommunale Schulden



Gesunde Struktur der öffentlichen Haushalte

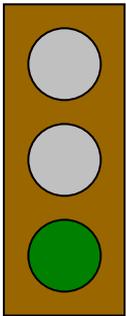
B5.3

INDIKATOR: Steueraufkommen pro Ew in konstanten Preisen (2000 = 100)

Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

In der amtlichen Statistik werden jährlich die bei den Gemeinden und Gemeindeverbänden eingehenden Zahlungen aus Steuern und Zöllen in der Untergliederung nach einzelnen Steuerarten nachgewiesen. Zum Steueraufkommen zählen die Grundsteuer A und B sowie Gewerbesteuer. Die nominalen Werte müssen inflationsbereinigt und auf die Einwohnerzahl bezogen werden.



ZIELSETZUNG

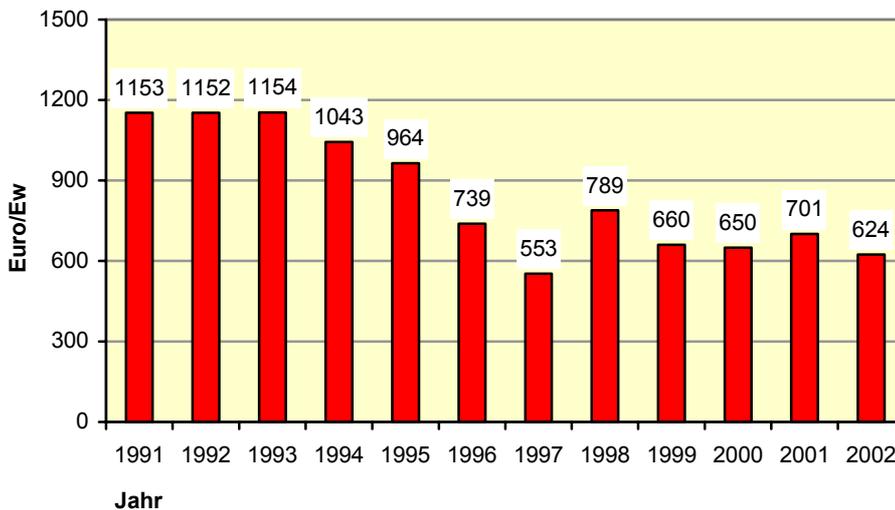
Eine Kommune, die auch in den kommenden Jahren und Jahrzehnten noch handlungsfähig sein will, sollte sich um ein relativ konstantes Steueraufkommen bemühen. Gerade in jüngster Zeit zeigt sich häufig in dramatischer Form, welche Auswirkungen es hat, wenn die Kommunen Einbrüche beim Steueraufkommen haben, indem sie bestimmte Dienstleistungen nur noch in reduzierter Form wahrnehmen können oder sie sogar gänzlich einstellen müssen. Weiter kann es bedeuten, dass die Kommune auch auf mögliche Neuprojekte verzichten muss. Der Handlungsspielraum wird also auf diesem Hintergrund immer enger. Kommunen müssen sich mehr denn je mit den Folgekosten von Aktivitäten, Leistungen oder Projekten auseinandersetzen.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Das Steueraufkommen hat sich in Waiblingen seit Ende der 90er Jahre rückläufig entwickelt. Trotzdem lag es 2002 mit mehr als 624 Euro je Einwohner immer noch auf einem Niveau wie zu Mitte der 90er Jahre, sodass keine dramatischen Einbrüche konstatiert werden können. Doch für die kommenden Jahre ist hier mit einem Rückgang zu rechnen. Dies dürfte den finanzpolitischen Handlungsspielraum in Waiblingen erheblich beeinträchtigen.

Steueraufkommen/Ew in Euro



Verbesserung des betrieblichen Umweltschutzes

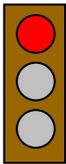
B6.0

INDIKATOR: Anzahl der Unternehmen mit Öko-Audit

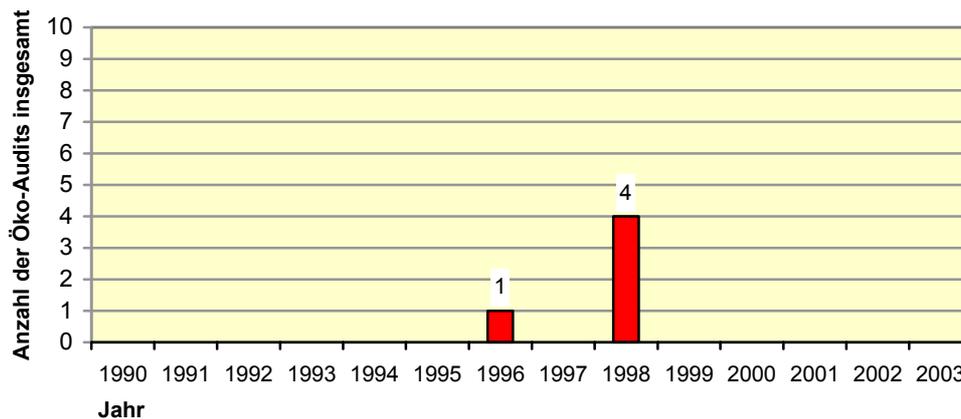
Ö K O N O M I E

DEFINITION DES INDIKATORS

Im Juni 1993 wurde die Verordnung (EWG) Nr. 1836/93 des Rates über die freiwillige Beteiligung gewerblicher Unternehmen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltprüfung erstmalig verabschiedet. Häufig wird diese Verordnung auch als EG-Öko-Audit- oder EMAS (Environmental Management and Audit Scheme)-Verordnung bezeichnet. Zwischenzeitlich ist diese Verordnung modifiziert und an die Bedingungen der DIN EN ISO 14001 angenähert worden. Die neue Verordnung (EG) Nr. 761/2001 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 19. März 2001 über die freiwillige Beteiligung von Organisationen an einem Gemeinschaftssystem für das Umweltmanagement und die Umweltbetriebsprüfung ist am 27. April 2001 in Kraft getreten. Alle Organisationen, die nach der EMAS-Verordnung durch einen Umweltgutachter validiert worden sind, werden mit diesem Indikator erfasst.



Unternehmen mit Öko-Audit



ZIELSETZUNG

In Zukunft werden vor allem jene gewerblichen und Dienstleistungsunternehmen am Markt bestehen können, die sich frühzeitig den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Herausforderungen einer nachhaltigen Gesellschaft stellen. Ziel der EMAS-Verordnung ist es, die von den Unternehmen und Dienstleistungseinrichtungen ausgehenden Umweltauswirkungen zu reduzieren. Doch Nachhaltigkeit umfasst mehr als nur ökologische Verbesserungen; ökonomische und soziale Zielsetzungen müssen mit den ökologischen Aktivitäten gleichermaßen vereinbart werden. Ende 2003 hatten in Deutschland rund 1.822 Organisationen ein validiertes EMAS-System aufgebaut. Zielsetzung kann eine möglichst rasche und weite Verbreitung des Systems und Maßnahmen zu dessen Förderung sein.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Waiblingen haben sich bis Ende 2003 vier Unternehmen einem Öko-Audit unterzogen. Hier gibt es sicherlich noch einiges Potenzial, zumal die beteiligten Unternehmen langfristig davon profitieren.



Gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen

C1.0

INDIKATOR: Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt je 1.000 Ew

GESELLSCHAFT / SOZIALES

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst werden mit diesem Indikator die Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt (HLU). Seit 1994 wird die Erhebung am 31. Dezember eines Jahres durchgeführt. Hilfe zum Lebensunterhalt ist dem zu gewähren, der seinen notwendigen Lebensunterhalt nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln, vor allem aus seinem eigenen Einkommen und Vermögen leisten kann. Dieser Personenkreis wird als Sozialhilfeempfänger bezeichnet. Sofern in einer Kommune entsprechende Daten verfügbar sind, sollte bei diesem Indikator nach Möglichkeit eine Differenzierung nach Frauen und Männern vorgenommen werden, um geschlechtsspezifische Unterschiede bei der Betroffenheit festzustellen.

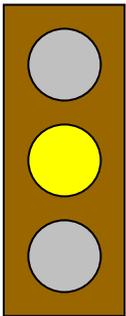
■ ZIELSETZUNG

Trotz Änderung der Sozialhilfestatistik im Jahre 1994 hat sich die Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt in den zurückliegenden Jahren nicht reduziert. Während 1995 von 1.000 Einwohnern in Deutschland 13 Personen Sozialhilfe bekamen, erhielten 2001 von 1.000 Einwohnern 12 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt. Besonders Alleinstehende und Alleinerziehende sind die am stärksten betroffene Gruppe unter den Sozialhilfeempfängern. Eine steigende Zahl von Sozialhilfeempfängern beeinträchtigt vor allem den Handlungsspielraum der Städte und Gemeinden. Daneben korreliert die Zahl der Sozialhilfeempfänger häufig mit der Entwicklung und der Dauer von Arbeitslosigkeit: Je länger die Arbeitslosigkeit anhält, umso höher ist auch die Wahrscheinlichkeit des Bezugs von Sozialhilfe.



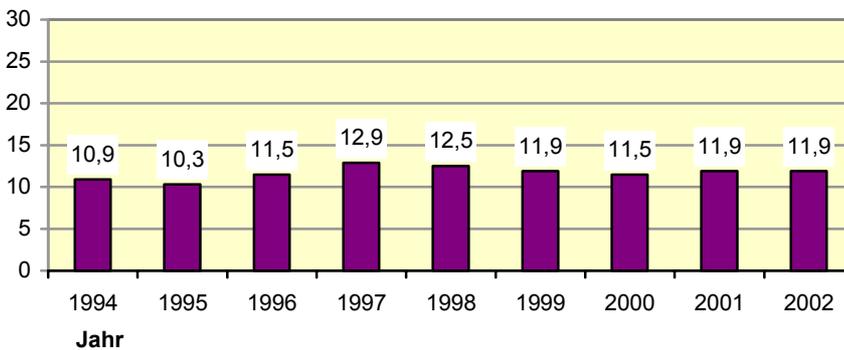
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Von 1994 bis 1997 ist eine starke Steigerung bei den absoluten Fallzahlen von 546 auf 657 zu beobachten, was einem Anstieg von rund 20% entspricht. Nach 1997 aber gehen die Sozialhilfe-Fallzahlen wieder leicht zurück und betragen 2002 noch 635. Die Anzahl – bezogen auf die Einwohner Waiblingens – scheint bei 12 Empfängern pro 1.000 Einwohner ein stabiles Niveau erreicht zu haben und liegt damit im Bundestrend.



Zahl der Empfänger von laufender Hilfe zum Lebensunterhalt

Anzahl je 1.000 Ew



Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung



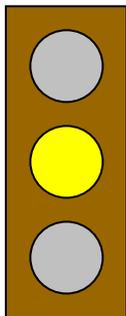
C2.0

INDIKATOR: Anzahl der Ausbildungsverhältnisse je 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte

GESELLSCHAFT / SOZIALES

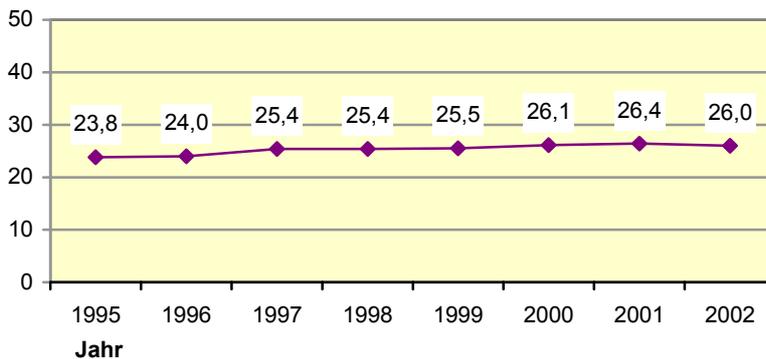
DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator soll die Zahl der tatsächlich abgeschlossenen Verträge mit Auszubildenden wiedergegeben werden. Auszubildende sind Personen, die eine betriebliche Berufsausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf durchlaufen. Erfasst werden die bei der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer registrierten Ausbildungsverhältnisse.



Anzahl der Ausbildungsverhältnisse

Anzahl/ 1.000 Beschäftigte



ZIELSETZUNG

Durch die ständig steigenden und sich stetig wandelnden Anforderungen auf dem Arbeitsmarkt wird die Bedeutung der beruflichen Qualifikation in den kommenden Jahren weiter zunehmen. Gerade Jugendliche ohne eine entsprechende schulische und berufliche Ausbildung werden dann wesentlich größere Schwierigkeiten haben, sich auf dem Arbeitsmarkt durchzusetzen. Eine gute berufliche Ausbildung wird mit Blick auf diese Entwicklung immer wichtiger, denn in Zukunft werden die Erwerbstätigen mehr und mehr lebenslang lernen müssen, um die sich ständig ändernden Anforderungen der Erwerbsgesellschaft erfüllen zu können. In Deutschland kamen 2002 auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte 59 Auszubildende.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Für die Städte des Rems-Murr-Kreises werden leider keine gesonderten Ausbildungszahlen durch die Kammern ausgewiesen. Deshalb handelt es sich bei den hier angegebene Zahlen um die Ausbildungsplätze bezogen auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte des Rems-Murr-Kreises.

Aus den von der Industrie- und Handelskammer sowie der Handwerkskammer zur Verfügung gestellten Daten lässt sich ablesen, dass seit Mitte der 90er Jahre auf 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte etwa 25 bis 26 Auszubildende kamen, diese Zahl liegt damit aber deutlich unter dem Bundestrend. Um das bundesweite Niveau zu erreichen, müsste das Ausbildungsplatzangebot pro 1.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte um rund 43% steigen.

Das Handwerk bietet dabei ca. doppelt so viele Ausbildungsplätze an wie Industrie und Handel.

In absoluten Zahlen konnten dabei die Ausbildungsplätze in Industrie, und Handel einen kontinuierlich Zuwachs über den ausgewiesenen Zeitraum von ca. 37% verbuchen, während die Ausbildungsplatzzahlen im Handwerk relativ konstant blieben.

Hohes Niveau von Aus- und Weiterbildung



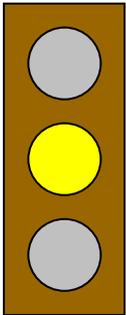
C2.2

INDIKATOR: Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss

GESELLSCHAFT / SOZIALES

DEFINITION DES INDIKATORS

Hauptschulen schließen in aller Regel an die Grundschule oder Förderstufe an. Im Allgemeinen führt die Hauptschule bis zur Klasse 9 und umfasst somit fünf bzw. drei Jahre. Von manchen Schulen werden auch zehn Hauptschulklassen angeboten. In dem Fall spricht man von einem Werkrealabschluss. Der Indikator gibt Hinweis auf die kommunale Bildungsstruktur.



ZIELSETZUNG

Das Erreichen des Hauptschulabschlusses zählt zu den Mindestzielen in dieser Gesellschaft. Daher muss es das Bestreben jeder Hauptschule sein, die Anzahl der Jugendlichen, die den Abschluss nicht schaffen, so gering wie möglich zu halten. Gerade die jüngsten Beispiele in West- und Ostdeutschland, bei denen Jugendliche zu gewalttätigen Handlungen bereit waren, haben deutlich gemacht, dass auch den Jugendlichen durchaus bewusst ist, wie wichtig ein Abschluss für ihre weitere „Karriere“ ist. Denn: Der Hauptschulabschluss gehört mittlerweile zu den zentralen Voraussetzungen, um später überhaupt eine angemessene berufliche Ausbildung absolvieren zu können. Schülerinnen und Schüler, die keinen Hauptschulabschluss haben, müssen damit rechnen, beruflich ins Abseits zu geraten.

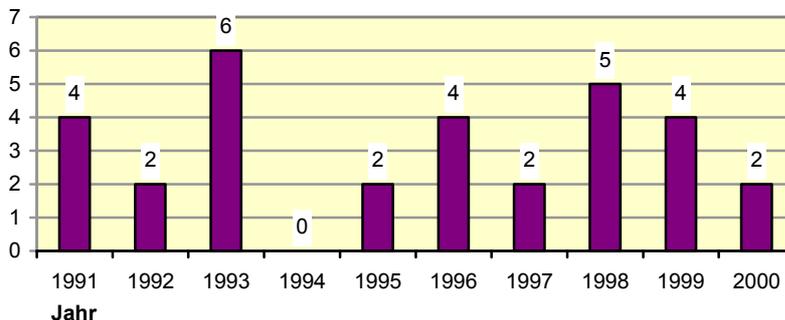
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Entwicklung der Anzahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss ist in Waiblingen relativ einheitlich, ein Trend ist nicht feststellbar. Die Zahlen schwanken zwischen 0 im Jahre 1994 und 6 im Jahre 1993. Durchschnittlich verlassen pro Jahr ca. drei Schülerinnen und Schüler die Hauptschule ohne Abschluss. Ausländische Kinder sind dabei stärker betroffen.

Waiblingen liegt mit Werten unter 5% deutlich besser wie der Landesdurchschnitt. Langjährige Maßnahmen wie die Sprachförderung für ausländische Kinder sowie die angebotene Hausaufgabenbetreuung zeigen ihre Wirkung. Selbst in Zeiten knapper Haushaltsmittel sollte an diesen Aktivitäten nicht gespart werden. Rund 10% der Hauptschüler in Baden-Württemberg hatten 2000 keinen Abschluss.

Anzahl der Hauptschulabgänger ohne Abschluss

Hauptschulabgänger ohne Abschluss



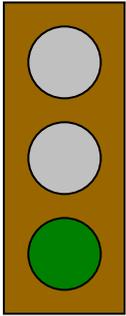
Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

C3.0

INDIKATOR: Zahl der Zu- und Fortzüge pro 1.000 Ew und Wanderungssaldo

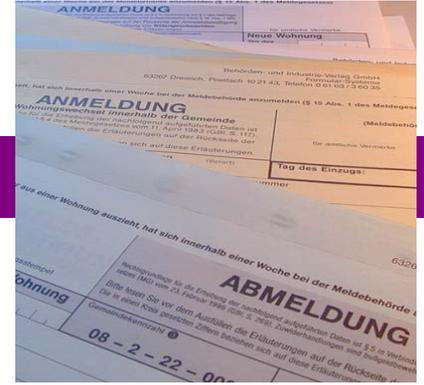
DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Anzahl der Menschen, die im Bezugsjahr durch Umzug in die Kommune zuziehen sowie die Zahl der Menschen, die die Kommune durch Umzug verlassen. Die Differenz ergibt den Wanderungssaldo.



ZIELSETZUNG

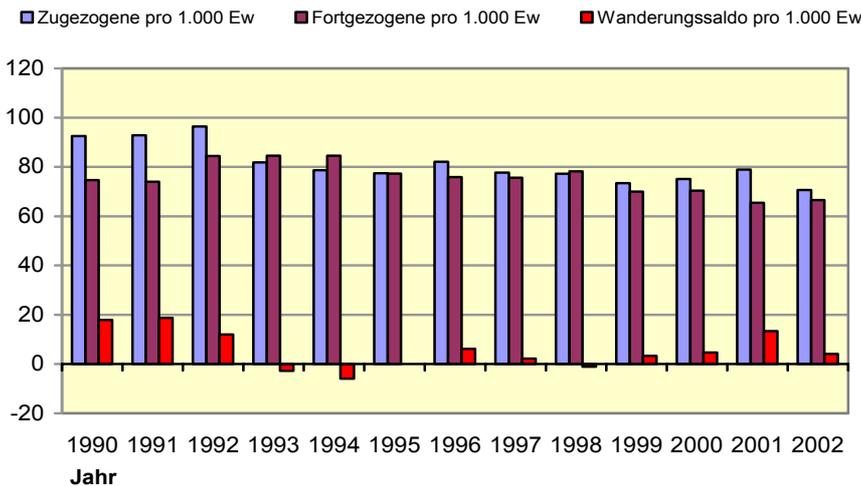
Eine hohe Zahl von Fortzügen spricht für eine abnehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen Regionen. Umgekehrt deutet eine hohe Zahl von Zuzügen auf eine zunehmende Attraktivität der Region im Vergleich zu anderen hin. Ein bestimmter Wanderungssaldo kann sich dabei sowohl als Ergebnis einer hohen wie einer niedrigen Fluktuation ergeben. Eine Beurteilung des Wanderungssaldos hängt daher von den jeweiligen regionalen Gegebenheiten ab. Sehr hohe Salden – positiv oder negativ – können dagegen oftmals als Indikator für unterschiedliche Problemkonstellationen gewertet werden.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre kamen – vor allem als Folge der Grenzöffnung – im Schnitt pro Jahr mehr als 600 neue Einwohner nach Waiblingen. In dieser Zeit zeigte sich ein positiver Wanderungssaldo. Danach kam es zu einer negativen Entwicklung, indem mehr Bürger wegzogen als neue hinzu kamen, und seit Mitte der 90er Jahre sind die Bevölkerungsbewegungen in Waiblingen nur noch äußerst marginal, das heißt die Fortgezogenen werden zumeist durch die Zugezogenen kompensiert. Dass sich die Zahl der Zuzüge in den Jahren nach der Grenzöffnung wieder auf ein ausgeglichenes Niveau eingependelt hat, war zu erwarten. Dies bedeutet nicht, dass die Attraktivität von Waiblingen eingebüßt hat. Wichtiges Ziel für Waiblingen ist in jedem Fall das Halten der jetzigen Einwohnerzahl. Würde die Bevölkerungszahl rückläufig sein, so bestünde die Gefahr, dass die vorhandene gute Infrastruktur nicht auf dem jetzigen Niveau gehalten werden kann. Bei der Flächenausweisung im Entwurf des Flächennutzungsplanes 2015 wurde mit einer potenziellen Wohnbau- und Gewerbefläche von rund 100 ha auf diese Zielvorgabe Rücksicht genommen, so die Aussage des zuständigen Planungsbüros. Das Regierungspräsidium sah in der Tendenz eine zu umfangreiche Ausweisung gerade von Gewerbeflächen außerhalb der Entwicklungsachsen, weshalb rund 14 ha gestrichen werden mussten.

Zu- und Fortzüge und Wanderungssaldo



Ausgewogene Bevölkerungs- und Siedlungsstruktur

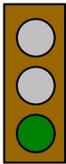


C3.2

INDIKATOR: Anteil der unter 18jährigen, der 18- bis unter 65jährigen und der über 65jährigen

DEFINITION DES INDIKATORS

Dieser Indikator soll Auskunft darüber geben, wie sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Kindern und Jugendlichen und der älteren Bevölkerung in der Kommune entwickelt hat. Zu diesem Zweck soll der Anteil der unter 18jährigen, der 18- bis 65jährigen und der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung gemessen werden. Erwartet wird aus den Anteilswerten unter anderem Aufschluss über die Notwendigkeit sozialer Einrichtungen für bestimmte soziale Gruppen.



ZIELSETZUNG

Um in einer Kommune den möglichen Wohnungsbedarf, die notwendige Zahl an Schul- und Kindergartenplätzen, die Zahl an Plätzen in Alters- und Pflegeeinrichtungen und die Freizeitmöglichkeiten für Kinder und Jugendliche abzusehen, erweist es sich als notwendig, die Entwicklung in der Vergangenheit zu beobachten.

Ziel sollte es sein, eine möglichst stabile Situation in der Altersgliederung zu gewährleisten, um nicht vor unlösbaren Problemen zu stehen, die dann ein hektisches und wenig zielgerichtetes Handeln erforderlich machen würde.

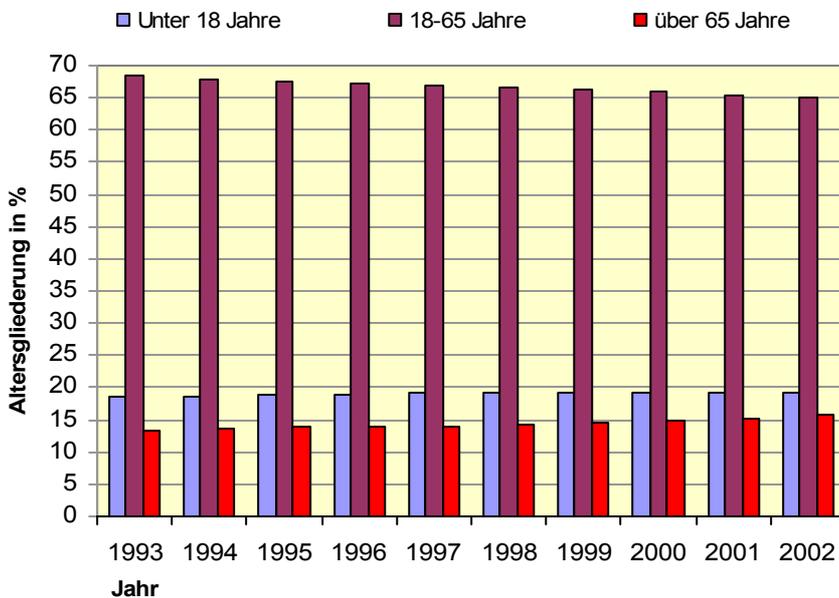
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit 1993 hat die Gesamtzahl der Einwohner Waiblingens um rund 4,5% zugenommen. Dabei erhöhte sich der Anteil der unter 18jährigen an der Gesamtbevölkerung seit 1993 konstant (insgesamt knapp 1%), der Anteil der 18-65jährigen an der Gesamtbevölkerung nahm insgesamt um rund 4% ab und der Anteil der über 65jährigen an der Gesamtbevölkerung wuchs um ca. 2%. In absoluten Zahlen blieb die Gruppe der 18 bis 65jährigen konstant und die Gruppe der über 65jährigen nahm um rund 21% zu. Verglichen mit Baden-Württemberg liegt der Wert der unter 18jährigen deutlich über dem Landesdurchschnitt. In Waiblingen sind fast 20% der Bevölkerung unter 18 Jahren. In Baden-Württemberg dagegen nur 16,3%.

In dieser Entwicklung spiegelt sich ein bundesweiter Trend wider. Immer weniger Personen im erwerbsfähigen Alter stehen einer wachsenden Schicht von älteren Personen gegenüber. Die Probleme, die eine älter werdende Gesellschaft mit sich bringt, werden zurzeit in der Öffentlichkeit breit und kontrovers diskutiert.

Vor dem Hintergrund der Bevölkerungszunahme von insgesamt 4,5% ist mit einer wachsenden Zersiedelung der Landschaft (Zunahme der Siedlungs- und Verkehrsfläche) zu rechnen. Gleichzeitig ist von einer Zunahme der Verkehrsströme auszugehen, insbesondere was den Einkaufs- und Freizeitbereich betrifft. Relevant ist auch die Frage der sozialverantwortlichen Wohnversorgung und der Mietpreisentwicklung.

Altersgliederung der Bevölkerung a) unter 18 Jahren, b) 18 bis unter 65 Jahren, c) 65 Jahre und älter



Hohes kulturelles Angebot

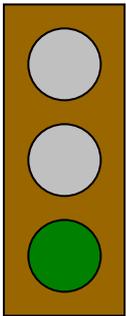


C4.0

INDIKATOR: Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der drei größten Fort- und Weiterbildungseinrichtungen pro 1.000 Ew

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Mit diesem Indikator wird erfasst, wie sich die Bereitschaft zur Fort- und Weiterbildung in der jeweiligen Kommune entwickelt. Dazu wird die Anzahl der Teilnehmer/innen in Bezug zur Einwohnerzahl gesetzt.



■ ZIELSETZUNG

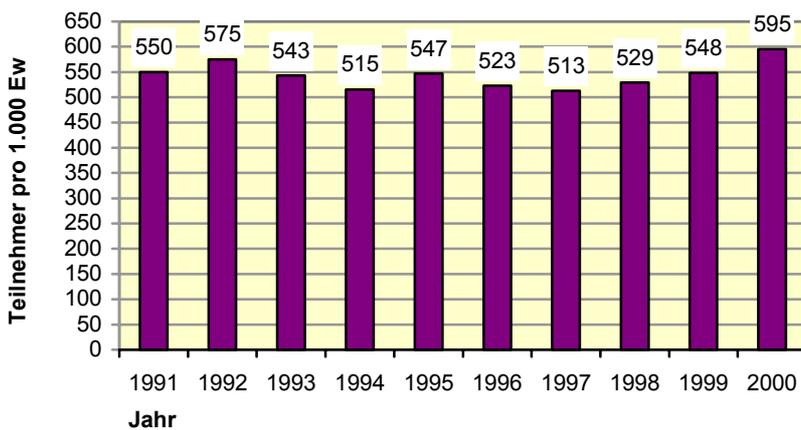
Eine alle drei Jahre durchgeführte repräsentative Umfrage des Bundesministeriums für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie bestätigt den wachsenden Trend zum „lebenslangen Lernen“. 1997 haben in Deutschland nahezu 5 von 10 Bundesbürgern an einer Fort- und Weiterbildungsveranstaltung teilgenommen. Hochgerechnet sind dies rund 21 Mio. Personen, die sich – teils mehrfach – weitergebildet haben. Vor allem besser qualifizierte Männer und Frauen fragen Veranstaltungen zur Fort- und Weiterbildung nach: 69% der Hochschulabsolventen nahmen 1997 an entsprechenden Maßnahmen teil. Bundesbürger ohne abgeschlossene Berufsausbildung zeigen dagegen weniger Interesse an berufsbezogener Weiterbildung; nur 24% von ihnen besuchten 1997 Veranstaltungen unter anderem in Volkshochschulen, kirchlichen Bildungswerken, Industrie- und Handelskammern sowie Verwaltungsakademien.

■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Anzahl der TeilnehmerInnen an Veranstaltungen der beiden größten Weiterbildungseinrichtungen (Volkshochschule, Familien-Bildungsstätte) verlief in den Jahren 1991 bis 2000 relativ uneinheitlich, aber insgesamt leicht ansteigend von 550 auf 595 pro 1.000 Einwohner. Der Zuwachs betrug also knapp über 8%. Seit dem Jahr 1997, in dem ein Tiefstand von 515 zu verzeichnen war, ist die Zahl der TeilnehmerInnen wieder gestiegen.

Bei der Familien-Bildungsstätte Waiblingen z.B. wuchs die Zahl an Veranstaltungen von 713 (1991) auf 1044 im Jahre 2002 an. Das entspricht einer Steigerung von 46%, während die Zahl der Teilnehmer/innen von 10.100 auf 16.770 anstieg – ein Zuwachs von 66%. Darin zeigt sich, dass die Familien-Bildungsstätte als Einrichtung der Weiter- und Familienbildung in der Region angenommen wird.

Anzahl der Teilnehmer/innen an Veranstaltungen der Fort- und Weiterbildungseinrichtungen



Hohes kulturelles Angebot



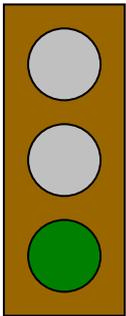
C4.1

INDIKATOR: Bestand an Medien in nichtwissenschaftlichen öffentlichen Bibliotheken auf 1.000 Ew bezogen

GESELLSCHAFT / SOZIALES

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst werden soll mit diesem Indikator der Bestand an Medien, der von der Bevölkerung genutzt werden kann. Die Bestandszahlen sind auf je 1.000 Einwohner zu beziehen.



ZIELSETZUNG

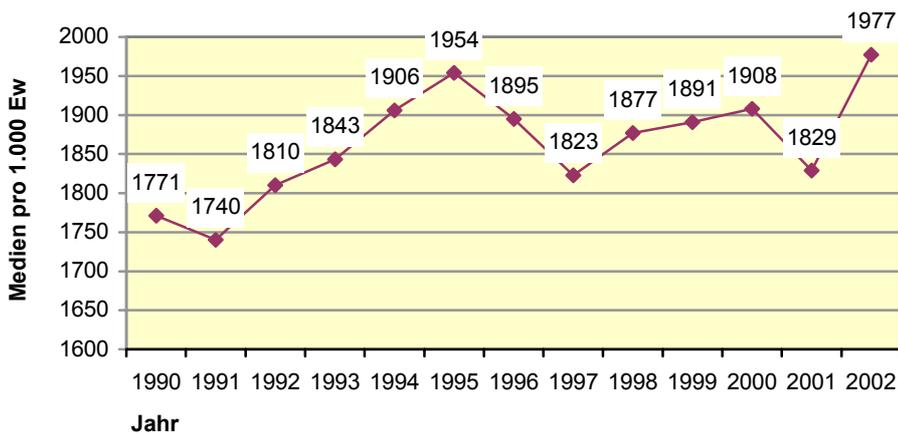
Der Ausbau des Medienbestandes sollte weiter vorangetrieben werden, um den Menschen ein vielfältiges Kultur- und Weiterbildungsangebot zu bieten. Gerade die jüngsten PISA-Untersuchungen haben deutlich gemacht, wie wichtig die außerschulische Lesekompetenz für die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben einer modernen Gesellschaft ist. Das Zugänglichmachen von Lesestoff in öffentlichen Bibliotheken ist dabei eine wichtige Voraussetzung.

Die Vermittlung dieser Lesekompetenz wird unterstützt durch das Rahmenprogramm des „Waiblinger Kiebitz“ (Kinder- und Jugendmedienspreis), der alle zwei Jahre von der Stadt vergeben wird. Alle Waiblinger Schülerinnen und Schüler der dritten und sechsten Klassen erleben bei Autorenlesungen Literatur pur.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Bestand an Medien ist in der Waiblinger Stadtbibliothek zwischen 1990 und 2002 (bezogen auf 1.000 Einwohner) nur geringfügig gestiegen und liegt gegenwärtig bei 1.977 Büchern, CD-ROMs, Cassetten, Zeitschriften pro 1.000 Einwohner. Damit wurde der Höchststand 2002 erreicht. 2002 konnten in der Stadtbücherei 104.477 Medien ausgeliehen werden, die insgesamt zu 540.924 Entleihungen führten. 1992 waren es erst 324.322 Entleihungen. Die Ausleihe ist also in den letzten zehn Jahren um ca. 60% gestiegen. Das Medienangebot wird also viel intensiver genutzt, sodass zusätzlich zur Aktualität auch ein hoher Verschleiß beim Grundbestand stattfindet. Der Medienetat betrug dagegen 2002 nur 80% des Etats von 1992. Um ein ausreichendes aktuelles Medienangebot pro 1.000 Einwohner zur Verfügung stellen zu können, muss ein ausreichender Medienetat gesichert sein.

Bestand an Medien auf 1.000 Einwohner bezogen



Hohes kulturelles Angebot

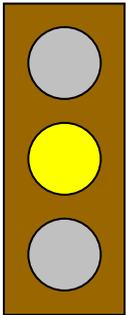


C4.2

INDIKATOR: Zahl der Museumsbesucher pro 1.000 Ew

■ DEFINITION DES INDIKATORS

Alle Besucher der ortsansässigen Museen werden mit diesem Indikator wiedergegeben. Die Besucherzahlen werden dabei jeweils auf 1.000 Einwohner bezogen.



■ ZIELSETZUNG

Das Angebot an Museen gewährleistet eine Vielfalt des kulturellen Angebots. Gerade die ländlichen Regionen entwickeln sich zu einem „kulturellen Niemandsland“ und verlieren dadurch an Attraktivität und Lebensqualität. Die Folge ist ein verstärkter Kulturtourismus. Attraktive Museen haben in der Regel auch positive Effekte auf die Gastronomie, die Innenstädte und sind somit ein wichtiges belebendes Element. Die Museumsbesucher verbinden ihren Besuch oftmals mit einem Essen im Restaurant oder gehen dann, wenn sie schon in der Stadt sind, anschließend noch etwas Trinken oder zum Tanzen in die Disco.

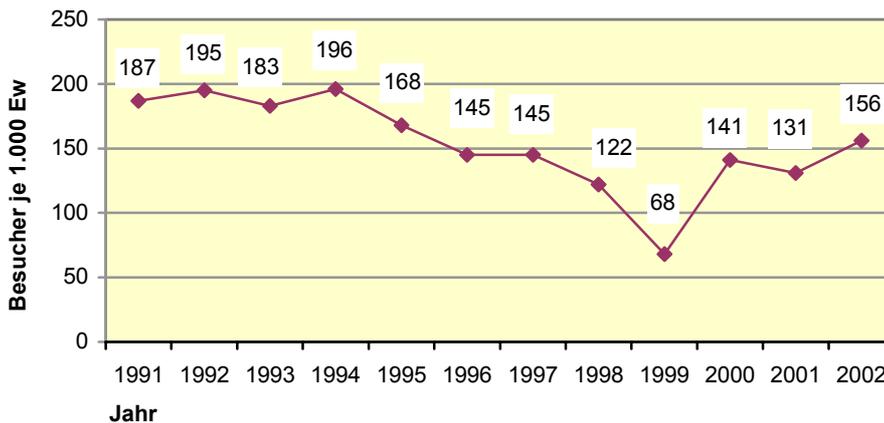
■ ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Anzahl der Museumsbesucher pro 1.000 Einwohner sank im Zeitraum von 1991 bis 1999 von 187 auf 68 bzw. um 64%. In den darauf folgenden Jahren konnte wieder ein starker Anstieg verzeichnet werden, doch die Besucherzahlen von Anfang der neunziger Jahre konnten bislang noch nicht wieder erreicht werden.

Doch das Museum in Waiblingen sollte nicht nur daran gemessen werden, wie viel Personen es anlockt, sondern auch an der Qualität der behandelten Themen.

Einen deutlichen Aufschwung soll eine städtische Galerie bringen, die mit Hilfe einer öffentlichen Stiftung gebaut wird.

Zahl der Museumsbesucher pro 1.000 Einwohner



Hohes Sicherheitsniveau



C5.0

INDIKATOR: Bekannt gewordene Straftaten je 1.000 Ew

GESELLSCHAFT / SOZIALES

DEFINITION DES INDIKATORS

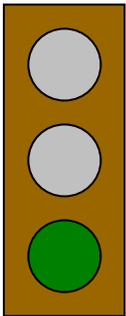
Die Polizeiliche Kriminalstatistik (PKS), die die Datengrundlage für diesen Indikator liefert, wird seit 1971 nach bundeseinheitlichen, zuletzt zum 1.1.1997 geänderten Richtlinien erstellt. Dabei werden alle von der Polizei bearbeiteten rechtswidrigen Taten einschließlich der mit Strafe bedrohten Versuche registriert, die im Zuständigkeitsbereich der Polizei begangen werden. In der PKS sind jedoch Staatsschutz-, Steuer- und reine Verkehrsdelikte nicht enthalten. Die Statistik kann durch zahlreiche Faktoren beeinflusst werden (zum Beispiel Veränderungen im Anzeigeverhalten oder der Intensität der Verbrechenskontrolle) und gibt naturgemäß keinen Aufschluss über das sogenannte Dunkelfeld.

ZIELSETZUNG

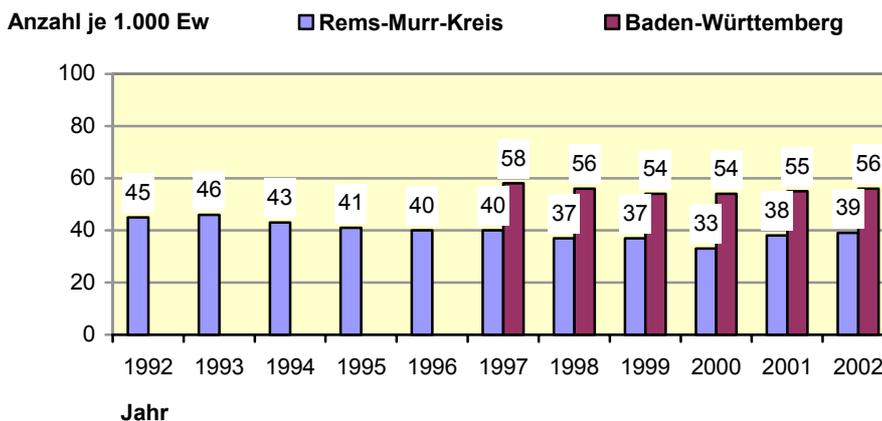
Häufig beruhen Straftaten auf sozialen Problemen, die wiederum ihre Ursache in wirtschaftlichen Veränderungen haben können. Wachsende Armut und negative Entwicklungen auf dem Arbeitsmarkt sind hier ebenso zu nennen wie mangelnde Zukunftsperspektiven bei Jugendlichen. Natürlich sollte das Ziel sein, die Zahl der Straftaten möglichst gering zu halten. Die Angabe eines bestimmten Zielwertes erscheint jedoch, gerade unter Berücksichtigung der genannten Einflussfaktoren auf die Statistik, nicht sinnvoll. Eine erste Orientierung können hier aber die Vergleichszahlen für die Bundes- und Landesebene geben.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Laut untenstehendem Schaubild hat sich in der Polizeidirektion Waiblingen bis Ende der neunziger Jahre ein deutlicher Rückgang bei den bekannt gewordenen Straftaten ereignet. Verantwortlich war für diese Entwicklung die rückläufige Zahl an Diebstahlsdelikten und an Straßendiebstählen. Der Anteil der Jungtäter (bis unter 21 Jahren) an der Gesamtzahl aller Tatverdächtigen lag im Schnitt bei etwa einem Drittel. Frauen sind in der Relation zu den männlichen Tatverdächtigen weit weniger auffällig. Von ihnen werden vor allem Ladendiebstähle begangen. 2001 gab es erstmals wieder einen Anstieg bei der registrierten Kriminalität: Bezogen auf 1.000 Einwohner stieg sie um knapp zehn Prozent, und zwar von 33 auf 38 Fälle. Verglichen mit der Kriminalität in Baden-Württemberg liegen die Werte für die Gesamtkriminalität im Rems-Murr-Kreis knapp unter dem Landesdurchschnitt. Auf Landesebene lagen die Werte in den zurückliegenden Jahren zwischen 54 und 58 Fällen pro 1.000 Einwohner. Fazit: In Waiblingen wohnt und lebt es sich recht sicher, soziale Probleme gibt es nicht mehr wie anderswo. Der „Nährboden“ für Kriminalität ist relativ gering. Wichtig ist die Prävention von Straftaten. Die Stadt Waiblingen ist Gründungsmitglied der Initiative „Sicherer Landkreis“.



Bekannt gewordene Straftaten



Hohes Sicherheitsniveau



C5.1

INDIKATOR: Verkehrsunfälle mit Personenschäden je 10.000 Ew

DEFINITION DES INDIKATORS

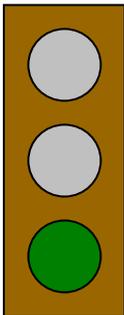
Die Zahl der Verkehrsunfälle mit Personenschaden umfasst alle getöteten Personen, Schwerverletzten und Leichtverletzten. Als Getötete werden die Personen in der Statistik aufgeführt, die auf der Stelle getötet wurden oder innerhalb von 30 Tagen an den Unfallfolgen starben; Schwerverletzte sind Personen, die unmittelbar in ein Krankenhaus zur stationären Behandlung eingeliefert wurden und unter die Leichtverletzten werden alle übrigen subsumiert, deren Verletzungen keinen stationären Krankenhausaufenthalt erforderten.

ZIELSETZUNG

Je weniger Personen bei Verkehrsunfällen ums Leben kommen oder verletzt werden, desto umwelt- und sozialverträglicher stellt sich die Mobilität dar. Da wesentliche Unfallursachen nach wie vor überhöhte Geschwindigkeit oder Einfluss von Alkohol ist, kann der Weg zur nachhaltigen Entwicklung nicht allein in technischen Maßnahmen bestehen.

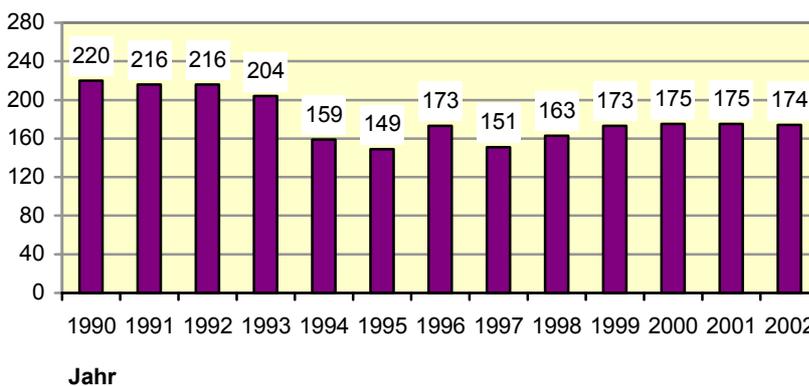
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Zahl der Verkehrsunfälle ist – verglichen mit 1990 – im Rems-Murr-Kreis stetig zurückgegangen. 1990 ereigneten sich 8.379 Unfälle, 2002 waren es nur noch 7.226 Verkehrsunfälle mit Personenschäden. Zwischenzeitlich hatte sich deren Zahl sogar auf 5.965 Unfälle verringert, ist also seither wieder angestiegen. Auf 10.000 Einwohner im Rems-Murr-Kreis kommen damit im Schnitt etwa 180 Verkehrsunfälle. Der Wert liegt damit unter dem Landesdurchschnitt von 210 Unfällen auf 10.000 Einwohner. Etwas mehr als ein Drittel aller Unfälle im Rems-Murr-Kreis sind so genannte Bagatellunfälle. Die restlichen Unfälle passieren schwerpunktmäßig in den Bereichen der Großen Kreisstädte Backnang, Fellbach, Schorndorf, Winnenden und Waiblingen. Im Vergleich dieser Städte lag Waiblingen 2002 bei den schweren Unfällen (Verletzte und Getötete) mit 116 Verkehrsunfällen je 10.000 Einwohner leicht über dem Durchschnitt von 105. Die Gruppe der 18 bis 24-jährigen sorgen für eine überproportionale Beteiligung an den Verkehrsunfällen. Mehr als ein Viertel aller Unfälle wurden von ihnen verursacht. Mit Abstand die meisten Unfälle gehen auf zu hohe oder nichtangepasste Geschwindigkeit zurück. Eine deutliche Zunahme ist auch bei der Unfallursache Alkohol zu verzeichnen.



Verkehrsunfälle

Anzahl je 1.000 Ew



Hohes ehrenamtliches Engagement



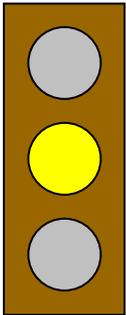
D1.0

INDIKATOR: Zahl der eingetragenen Vereine je 1.000 Ew

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Es wird die Anzahl der beim Registergericht eingetragenen Vereine auf die Anzahl der Einwohner bezogen.



ZIELSETZUNG

Ein hohes Maß an ehrenamtlichem Engagement ist ein so genanntes „weiches Ziel“, das sich statistisch nur schwer erfassen lässt. Wichtige Faktoren sind in erster Linie ein hoher Anteil der Bevölkerung, der ehrenamtlich tätig ist und die von diesen Aktiven geleistete Arbeit. Einen Anhaltspunkt für die Bewertung kann aber die Betrachtung der in der einzelnen Kommune zu beobachtenden Entwicklung liefern: Eine wachsende Anzahl von Vereinen deutet auf einen Anstieg des bürgerschaftlichen Engagements hin. Bei einem relativ hohen Wert steigt gleichzeitig auch die Wahrscheinlichkeit, dass die unterschiedlichen Bedürfnisse in der Gemeinde abgedeckt werden können.

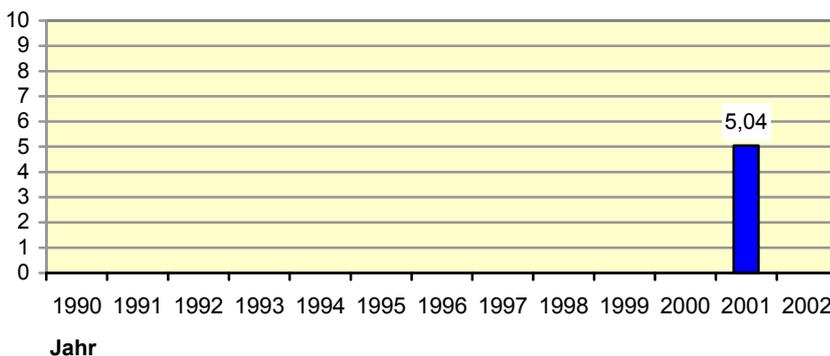
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

2001 waren z.B. in Waiblingen 265 Vereine registriert, das entspricht 5 Vereinen auf 1.000 Einwohner. Damit liegt der Wert für Waiblingen in etwa im Bundestrend. Nach einer bundesweiten Erhebung zum Vereinswesen gab es in Deutschland 2003 574.359 Vereine. Das entspricht einem Durchschnittswert von ca. 7 Vereinen je 1.000 Einwohner.

Mit der Schaffung einer vollen Stelle für das Ehrenamt und die Lokale Agenda 21 wurden in Waiblingen die Weichen für eine Anerkennungskultur des ehrenamtlichen Engagements gestellt. Das Ehrenamt ist eine der tragenden Säulen unserer Gesellschaft. Selbstverständlich findet ehrenamtliches Engagement nicht nur in Vereinen statt, sondern in vielen anderen Organisationen und Strukturen.

Zahl der eingetragenen Vereine

Anzahl je 1.000 Ew



Hohes demokratisches Engagement



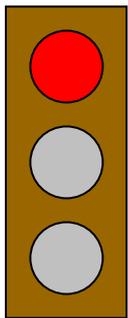
D2.0

INDIKATOR: Wahlbeteiligung
bei Wahlen zum Kommunalparlament

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Wahlbeteiligung drückt das Verhältnis zwischen der Anzahl der bei einer Wahl abgegebenen gültigen und ungültigen Stimmen und der Gesamtzahl der Wahlberechtigten aus. Die Vorschriften der Wahlberechtigung sind für alle Wahlarten weitgehend einheitlich. Wahlberechtigt ist jeder Deutsche im Sinne des Grundgesetzes, der am Wahltag das 18. Lebensjahr vollendet hat und seit mindestens drei Monaten im Geltungsbereich des jeweiligen Wahlgesetzes beziehungsweise im Wahlgebiet seinen (Haupt-)Wohnsitz hat. In einigen Bundesländern wurde das Wahlalter bei Kommunalwahlen auf 16 Jahre herabgesetzt. Darüber hinaus haben seit dem Vertrag von Maastricht (1992) auch EU-Bürger in den Kommunen das aktive und passive Wahlrecht.



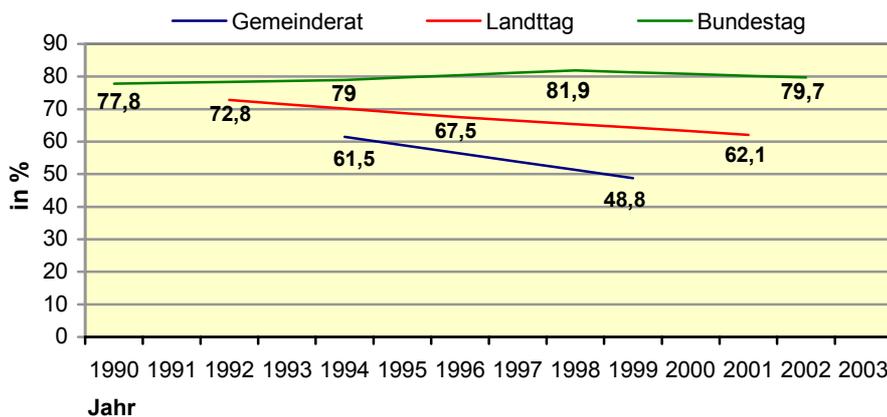
Wahlbeteiligung

ZIELSETZUNG

Wenn es gelänge, Kommunalpolitik mit den Inhalten der Nachhaltigkeit und der Lokalen Agenda 21 für die Bürger so interessant zu machen, dass sich mindestens so viele Bürgerinnen und Bürger wie bei Bundestagswahlen daran beteiligten, wäre dies ein beachtlicher Erfolg und eine gute Grundlage für eine nachhaltige Kommunalpolitik. An der Bundestagswahl 2002 beteiligten sich 79,7%. Es ist auch zu beachten, dass die Beteiligung bei Kommunalwahlen sehr stark beeinflusst werden kann, wenn diese parallel zu einer anderen Wahl, also Bundes- und Landtagswahl oder der Wahl zum Europaparlament stattfinden.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Wahlbeteiligung in Waiblingen ist in den letzten Jahren stetig zurückgegangen. Der größte Rückgang ist bei den Wahlen zum Gemeinderat zu verzeichnen, wo die Beteiligung innerhalb von fünf Jahren um 12,7-Prozentpunkte zurückgegangen ist, und zwar von 61,5% im Jahre 1994 auf 48,8% (1999). Die Entwicklung entspricht dem gesamtgesellschaftlichen Trend zur Wahlmüdigkeit auf kommunaler Ebene, die eigentlich nur schwer verständlich ist, da die Bürgerinnen und Bürger gerade in ihrer Kommune die größten Einflussmöglichkeiten geltend machen können. Diesem Trend gilt es mit einer glaubwürdigen Politik entgegenzutreten. Denn Kommunalpolitik ist in einem hohen Maße von der Unterstützung der Bürger abhängig, ohne deren Bereitschaft, sich in die kommunalen Belange einzubringen und sie durch ehrenamtliches Engagement zu stärken, verliert die Kommune an politischem Gewicht.



Kommunaler Einsatz für internationale Gerechtigkeit

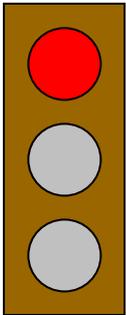
D3.0

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit pro Ew in Euro

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Für diesen Indikator werden die im kommunalen Haushalt ausgewiesenen Ausgaben für kommunale Entwicklungszusammenarbeit erfasst und auf den Gesamthaushalt bezogen. Kommunale Entwicklungszusammenarbeit (KEZ) kann drei Bereiche umfassen: die Förderung der Anliegen von Ländern der Dritten Welt in der eigenen Kommune, die Unterstützung von Projekten oder Städtepartnerschaften in einem Entwicklungsland sowie die Unterstützung von internationalen Organisationen.



ZIELSETZUNG

Außen- und Entwicklungspolitik fallen in erster Linie in den Zuständigkeitsbereich des Bundes. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich aber die kommunale Entwicklungszusammenarbeit als freiwilliger und ergänzender Handlungsbereich in vielen Kommunen etabliert und bewährt. Der dauerhafte Erfolg der internationalen Zusammenarbeit und der vielfältigen ehrenamtlichen Arbeit setzt voraus, dass ein Mindestmaß an finanziellen Mitteln von der Kommune bereitgestellt wird. Einige Kommunen haben sich seit längerem zu Leistungen in Höhe von 0,50 Euro (zum Teil mit Unterstützung des Landes) je Einwohner verpflichtet.

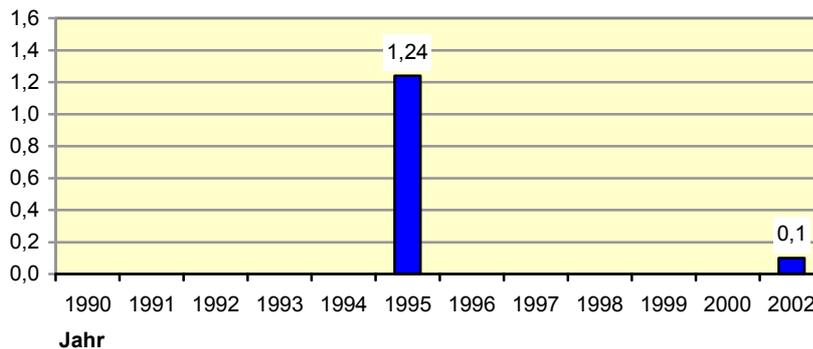


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In Waiblingen sind die Ausgaben für Entwicklungspartnerschaften zwischen 1995 und 2002 kontinuierlich zurückgegangen und bewegen sich augenblicklich bei wenigen Cent, die pro Waiblinger Bürger ausgegeben werden. Gegenwärtig gibt es also eine der wenigen Positionen den Beitrag für das Klimabündnis der europäischen Städte mit indigenen Völkern der Regenwälder.

Kommunale Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit

Ausgaben pro Ew in Euro



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben



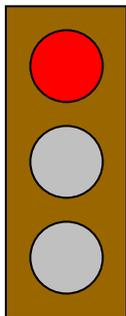
D4.0

INDIKATOR: Anteil der Frauen im Kommunalparlament

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Zahl der Frauen im Kommunalparlament wird in Bezug gesetzt zur Gesamtzahl der gewählten Mandatsträger. Die Angaben beziehen sich jeweils auf das unmittelbare Ergebnis der Wahlen. Im Einzelfall kann es durch das vorzeitige Ausscheiden eines Mandatsträgers und der dann fälligen Neubesetzung durch Nachrücken zu geringfügigen Verschiebungen während der Wahlperioden kommen, die hier unberücksichtigt bleiben können.



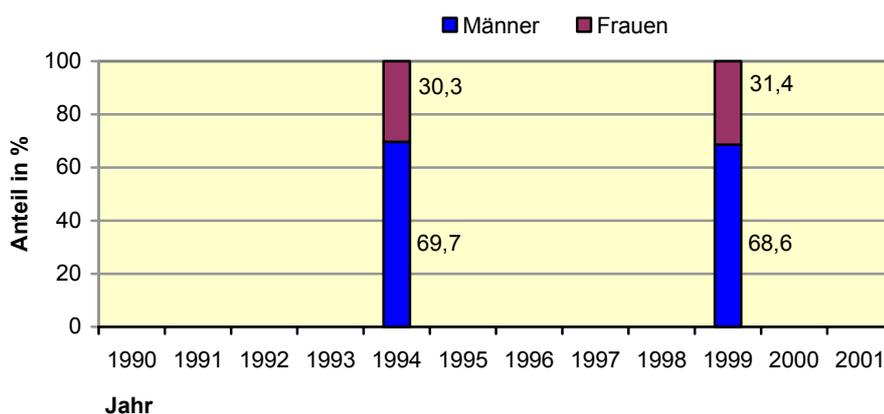
ZIELSETZUNG

Die Festlegung eines festen Zielwertes erscheint nicht sinnvoll. Unbestritten ist jedoch, dass Frauen häufig eine andere Sicht in politische Diskussionen einbringen und vor allem auch unterschiedlich von politischen Entscheidungen betroffen sind. Es ist weiterhin davon auszugehen, dass die Berücksichtigung dieser spezifischen Interessen eher sichergestellt werden kann, wenn der Anteil der Frauen in den politischen Entscheidungsgremien nicht allzu weit von ihrem Anteil an der Bevölkerung entfernt ist. Trotz steigender Tendenz sind Frauen bislang auf allen politischen Ebenen deutlich unterrepräsentiert. Bei der Wahl von 1998 wurden 207 Frauen in den Bundestag gewählt; bei einer Gesamtzahl von 669 Abgeordneten entspricht dies 31%.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Nur knapp ein Drittel des Gemeinderates von Waiblingen waren 1994 Frauen. Insgesamt kamen auf 23 Männer 10 Frauen. An dieser Zusammensetzung hat sich bei den Gemeinderatswahlen von 1999 nur geringfügig etwas verändert: Zwar stellen die Frauen nunmehr 11 Abgeordnete, doch parallel ist die Gesamtzahl aller Sitze im Waiblinger Gemeinderat auf 35 Sitze gestiegen, sodass der prozentuale Anteil weitgehend konstant geblieben ist.

Anteil der Frauen im Kommunalparlament



Gleichberechtigte Teilhabe von Frauen am öffentlichen Leben

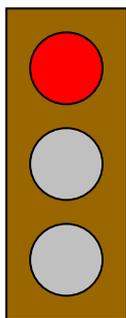
D4.3

INDIKATOR: Anteil der Frauen und Männer bei der Stadtverwaltung in Prozent

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Mit dem Indikator soll abgebildet werden, wie sich der Anteil von Frauen und Männern auf den einzelnen Ebenen der Kommunalverwaltung (einfacher Dienst, mittlerer Dienst, gehobener Dienst, höherer Dienst) jeweils darstellt.



ZIELSETZUNG

Es gehört zu den ungeschriebenen gesellschaftlichen Zielen, Frauen stärker als früher innerhalb des Arbeitsprozesses auch in Leitungspositionen zu bringen. Die Entwicklung in diesem Bereich zeigt sich in den Karriere- und Aufstiegschancen von Frauen, im Einkommen der Frauen und in der Bewertung von weiblichen Kompetenzen. Zwar gibt es gerade in der öffentlichen Verwaltung keine Unterschiede, was die Bezahlung angeht, doch wenn bestimmte Positionen nicht erreicht werden können, hat das natürlich auch Auswirkungen auf die Bezahlung der weiblichen Angestellten. An den Ergebnissen dieses Indikators kann also abgelesen werden, ob und inwieweit es in der Vergangenheit gelungen ist, Frauen im öffentlichen Dienst zu fördern.



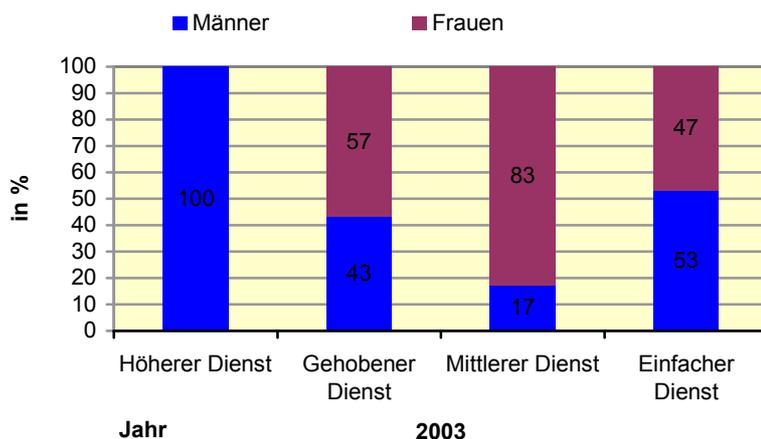
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Da nur die Zahlen von 2003 vorliegen, kann eine Längsschnittsbetrachtung nicht vorgenommen werden. Zumindest 2003 waren Leitungspositionen in der Stadtverwaltung Waiblingen zum größten Teil mit Männern besetzt. Amtsleitungen hatten zu 91% Männer inne, stellvertretende Amtsleitungspositionen und Abteilungsleiterpositionen werden zu 64% von Männern bekleidet.

Die prozentuale Verteilung von Männern und Frauen auf den einzelnen Ebenen der Kommunalverwaltung zeichnet ein unterschiedliches Bild. So gibt es im höheren Dienst keine einzige Frau. Im gehobenen Dienst arbeiten indes mehr Frauen (57%) als Männer (43%). Und ganz in „weiblicher Hand“ ist der mittlere Dienst bei der Stadtverwaltung Waiblingen: Hier sind 8 von 10 Beschäftigten Frauen. Was den einfachen Dienst angeht, so ist hier der Anteil von Frauen und Männern nahezu gleichwertig, denn 53% der Beschäftigten sind männlichen und 47% sind weiblichen Geschlechts.

Insgesamt arbeiteten 2003 bei der Waiblinger Kommunalverwaltung 262 Männer und 518 Frauen.

Anteil von Frauen und Männern im Stellenkegel der Stadtverwaltung



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

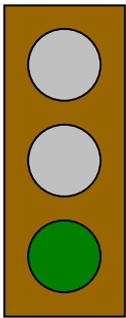
D5.0

INDIKATOR: Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit in Prozent des kommunalen Haushalts

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Für die Berechnungen können aus dem Einzelplan 4 des Verwaltungshaushalts die Unterabschnitte 45 und 46 herangezogen werden – und, soweit sinnvoll, relevante Posten aus dem Unterabschnitt 47. Prinzipiell nicht erfasst werden sollten Ausgaben für die Verwaltung und für Investitionen.



ZIELSETZUNG

Die Befriedigung der Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen im Gemeinwesen muss von der Kommune aktiv gefördert werden. Auch das Ziel, soziale Probleme und Spannungen zu vermeiden, gebietet es, diese wichtige Aufgabe angemessen und dauerhaft wahrzunehmen. Der Umfang der erforderlichen Leistungen lässt sich per se nicht als konkrete langfristige Zielvorgabe bestimmen, sondern kann über die Jahre durchaus gewissen Schwankungen unterliegen. Diese sollten sich in erster Linie an den sozialpolitischen Notwendigkeiten orientieren. Die Ausgaben auf Bundes- und Landesebene können hierbei wegen der unterschiedlichen Aufgaben keine Orientierung bieten.

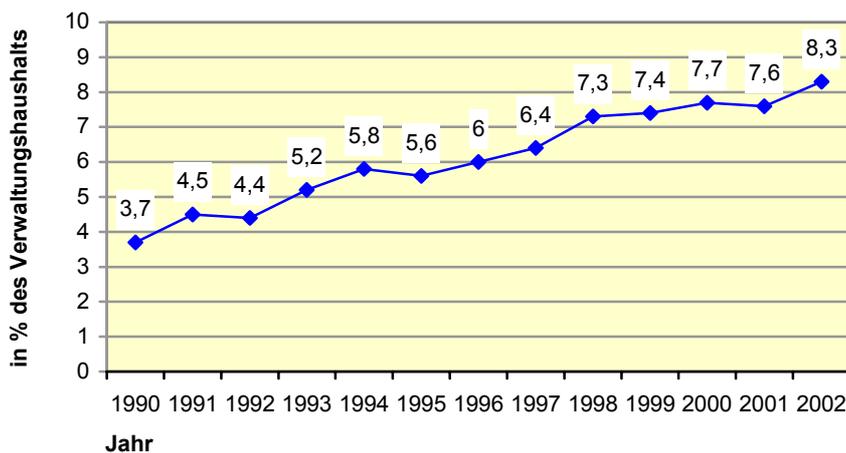


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Der Anteil der Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit im kommunalen Haushalt hat sich bis 2002 positiv entwickelt.

Die Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit konzentrieren sich auf das Freizeithaus „Korber Höhe“, die mobile Jugendarbeit, das Jugendzentrum „Villa Roller“, Veranstaltungen und Projekte, Aktivspielplätze, das Jugendcafé, Spielmobile, Jungentreffs, Schulsozialarbeit, Stadtranderholung, Kinderspielstadt, Erlebnistage, Kinderkino und Kinderkulturtag.

Kommunale Ausgaben für Kinder- und Jugendarbeit



Verbesserung der Lebenswelt von Kindern und Jugendlichen



D5.1

INDIKATOR: Anteil der Ganztagesplätze bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder im Alter zwischen 3 und 14 Jahren

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Erfasst wird die Zahl der in Kindergärten, Kindertagesstätten und Kinderhorten angebotenen Ganztagesplätze mit Mittagessen. Für die Altersgruppen „bis unter 3jährige“, „3- bis unter 6jährige“ und „6- bis 14jährige“ ist die Versorgungsquote getrennt auszuweisen – also jeweils die Anzahl der zur Verfügung stehenden Plätze auf die Gesamtzahl der Kinder in dieser Altersgruppe bezogen.

ZIELSETZUNG

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist ein aktuelles gesellschaftspolitisches Thema. Im Allgemeinen fehlen gerade in der Familienphase Arbeitsplätze, die dem Zeitvolumen und der Zeitstruktur nach mit den Anforderungen des Familienlebens vereinbar sind. Vor allem Frauen, aber zunehmend auch Männer, die bereit sind wegen der Kinder ihre Erwerbsarbeit zu reduzieren, möchten in einem steigenden Maße ununterbrochen erwerbstätig sein. Diese Wünsche fordern entsprechende Strukturen. Die Gleichstellung der Geschlechter in der Arbeitswelt wird eines der zentralen Ziele einer nachhaltigen Gesellschaft sein. Verschiedene Initiativen von privater, unternehmerischer und kommunaler Seite versuchen, primär den Müttern Möglichkeiten zu eröffnen, wie sie sowohl Familienleben als auch Erwerbsarbeit miteinander vereinbaren können.

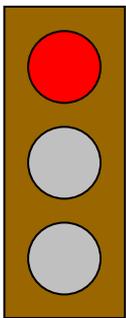
ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Daten zur Gesamtzahl der Kinder unter 3 Jahren, zwischen 3 und 6 Jahren und zwischen 6 und 14 Jahren nur im Fünf-Jahres-Rhythmus erhoben werden, wird im folgenden die Versorgungsquote für die Jahre 1995 und 2000 ausgewiesen.

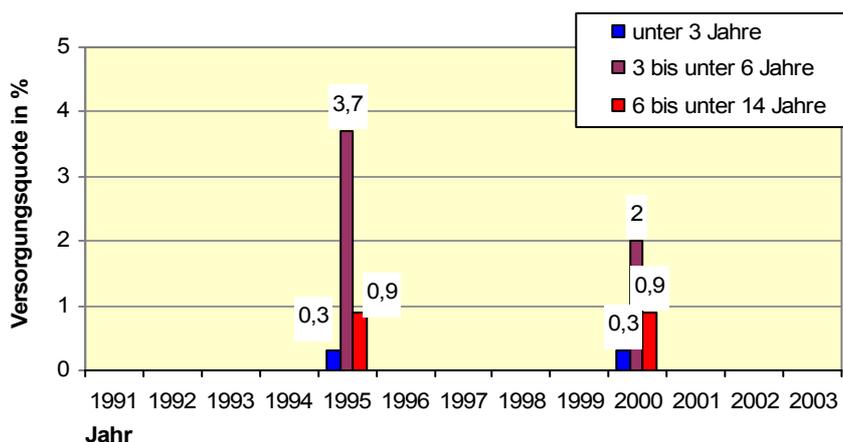
Die Versorgung mit Ganztagesplätzen ist in Waiblingen relativ niedrig. 1995 standen für die unter 3jährigen 5 Plätze, für die 3- bis 6jährigen 65 Plätze und für die 6- bis 14jährigen 35 Plätze zur Verfügung. Bezogen auf die Gesamtzahl der Kinder in der jeweiligen Altersgruppe entsprach das 1995 einer Versorgungsquote von 0,3%, 3,7% und 0,9%, 2000 einer Versorgungsquote von 0,3%, 2% und 0,9%.

Um die Anzahl der Plätze und somit die Chancen für Frauen zur gleichberechtigten Teilhabe am Erwerbsprozess zu erhöhen, müssen beispielhafte Betreuungsangebote nicht nur von kommunaler, sondern auch von privater und Unternehmensseite geschaffen werden, um junge Familien und vor allem Frauen zu unterstützen.

Ab 2005 beabsichtigt die Stadt Waiblingen an der Salier Hauptschule einen Ganztagsbetrieb für die ca. 250 Schülerinnen und Schüler einzurichten.



Versorgungsquote mit Ganztagesplätzen nach Altersgruppen



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

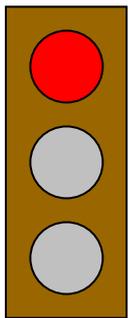
D5.2

INDIKATOR: Quote der Jugendarbeitslosigkeit

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Die Definitionen sind in diesem Bereich nicht einheitlich; sie unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Frage, bis zu welcher Altersobergrenze die Gruppe der Jugendlichen zu definieren ist. In der Statistik des Landesarbeitsamtes (LAA) werden die Gruppen „unter 20 Jahre“ und „unter 25 Jahre“ unterschieden. In Anlehnung an die amtliche Definition, wonach Personen bis 20 Jahre als „Jugendliche“ bezeichnet werden und ältere Personen bis zum Alter von 25 Jahren als „junge Erwachsene“ eingestuft werden, werden zur Berechnung des Indikators die Zahlen des LAA für die Sparte Arbeitslose „unter 20 Jahre“ herangezogen und auf die Gesamtzahl der Arbeitslosen bezogen.



Quote der Jugendarbeitslosigkeit

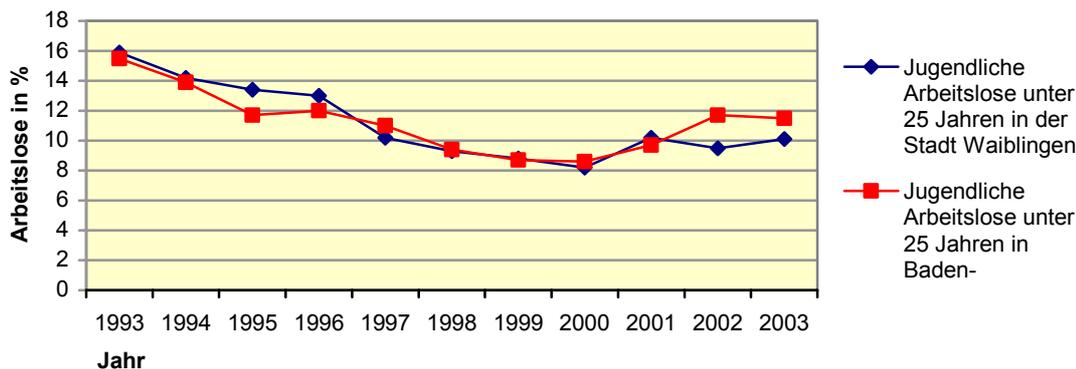
ZIELSETZUNG

Die Arbeitslosigkeit von Jugendlichen gilt es in einer Kommune auf jeden Fall so gering wie möglich zu halten. In aller Regel zeigen sich – ähnlich wie bei Langzeitarbeitslosen – weitere Folgeprobleme, die für eine Kommune nicht zu unterschätzen sind. Wichtig ist es, in einer Kommune die Ausbildungssituation zu verbessern, indem die Zahl der Ausbildungsplätze erhöht wird, die Informationen über den regionalen Ausbildungsstellenmarkt durch eine enge Kooperation von Schulen und Ausbildungsbetrieben verbessert wird und drittens sind neue Arbeitsmöglichkeiten für arbeitslose Jugendliche – vor allem für jene, denen der Arbeitsmarkt wenig Möglichkeiten bietet – zu entwickeln.



ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Die Quote der Jugendarbeitslosigkeit ist im Zeitraum von 1993 bis 2003 von 16% auf 10,1% gefallen. Der niedrigste Wert wurde im Jahre 2000 mit 8% gemessen, danach stieg die Zahl wieder leicht an. Leider konnte der fallende Trend nicht gehalten werden, da bereits 2003 wieder die Zahl der jugendlichen Arbeitslosen in Waiblingen angestiegen ist. Trotzdem lag die Jugendarbeitslosenquote von Waiblingen in den letzten Jahren immer unter dem Landesdurchschnitt.



Verbesserung der Lebensumwelt von Kindern und Jugendlichen

D5.3

INDIKATOR: Anzahl der im Jugendparlament Aktiven

PARTIZIPATION

DEFINITION DES INDIKATORS

Der Indikator soll eine Aussage darüber ermöglichen, ob dieses Instrument von den "Betroffenen" dauerhaft angenommen wird. Dazu soll die Anzahl der Jugendlichen herangezogen werden, die im Rahmen dieses Gremiums mitwirken. Darunter zählen zum einen diejenigen, die ihr passives Wahlrecht in Anspruch nehmen, indem sie sich als Kandidatinnen oder Kandidaten für das Jugendparlament aufstellen lassen. Zum anderen werden zusätzlich (also ohne Doppelzählung) die Jungen und Mädchen einbezogen, die sich in Arbeitskreisen u.ä. des Jugendparlaments engagieren. Die Summe aus beiden Messgrößen steht dann für die insgesamt beim Jugendparlament Aktiven. Da sich die Zahl der Engagierten weniger exakt bestimmen lässt, als die Zahl der Kandidatinnen und Kandidaten, kann man beide Werte auch getrennt ausweisen. Die Regeln können diesbezüglich aber von Kommune zu Kommune abweichen, was bei der Berechnung des Indikators zu berücksichtigen ist.

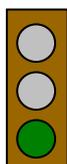
ZIELSETZUNG

Jugendparlamente bieten Jugendlichen die Möglichkeit, sich direkt an den kommunalen Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Gerade die jüngsten Untersuchungen machen deutlich, dass sich immer weniger Jugendliche in politischen Gremien engagieren. Doch die Jugendlichen von heute, sind die politisch Verantwortlichen von morgen. Daher ist es unter nachhaltigen Perspektiven von zentraler Bedeutung, Jugendliche schon frühzeitig an die demokratischen Spielregeln heranzuführen und sie in die politische Gremienarbeit zu integrieren. Ebenso wichtig ist es, dass Vorschläge der Jungparlamentarier in die politische Arbeit des Gemeinderats eingehen und dort beraten werden.

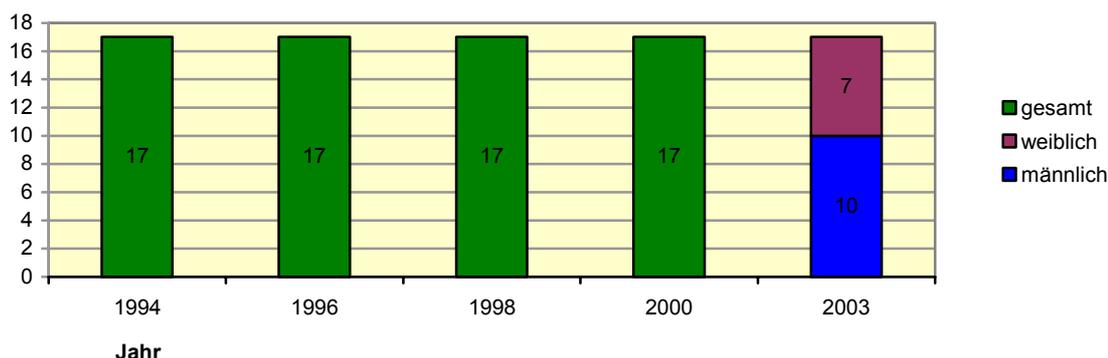


ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

Seit 1994 gibt es in Waiblingen einen Jugendgemeinderat, der alle zwei Jahre neu gewählt wird. 17 Jugendliche engagieren sich in diesem Gremium für die Belange der Jugend in Waiblingen. Das Engagement lag bisher besonders im Bereich der Jugendbetreuung (Jugendeinrichtungen, Jugendlokale), der Freizeitgestaltung der Jugendlichen (Skateranlagen, Grillplätze, Bäder), eines attraktiven öffentlichen Personennahverkehrs (Tarife, Nachtbuslinien, Busverbindungen etc.) und des Stadtentwicklungsplans.



Anzahl der im Jugendparlament Aktiven



Teilhabe am Nachhaltigkeitsprozess



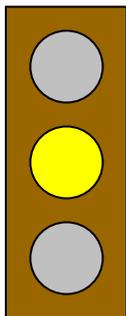
D6.0

INDIKATOR: Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21 je 1.000 Ew

PARTIZIPATION

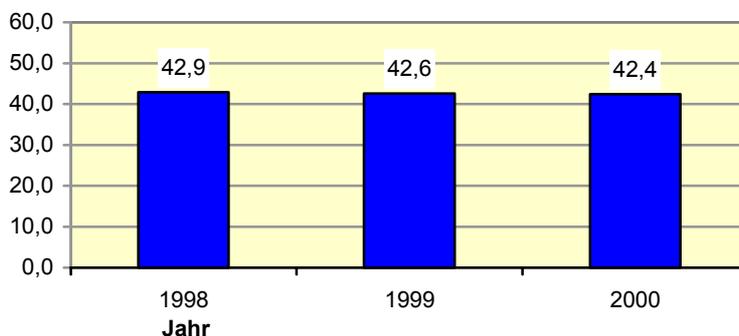
DEFINITION DES INDIKATORS

Der Kernbereich des Indikators besteht aus zwei Komponenten: der Summe der Stunden, die von den Teilnehmern an Sitzungen der Arbeitskreise und sonstigen Gruppen im Rahmen der Lokalen Agenda 21 ehrenamtlich geleistet werden, und der Summe der Arbeitsstunden für einzelne Projekte. Der Gesamtwert muss dann auf die Einwohnerzahl bezogen werden, um die zeitliche und interkommunale Vergleichbarkeit zu ermöglichen. Für die Interpretation des Indikators ist zu beachten, dass damit nur ein Teil des bürgerschaftlichen Agenda-Engagements erfasst wird, da viele Mitwirkende sich in ihrer Freizeit auch über die gemeinsamen Sitzungen und Projekte hinaus mit dem Thema beschäftigen.



Anzahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden im Rahmen der Lokalen Agenda 21

h pro 1.000 Ew



ZIELSETZUNG

Die Lokale Agenda 21 ist als partizipativer Prozess angelegt und muss eine möglichst breite Bürgerbeteiligung anstreben, wenn der langfristige Erfolg sichergestellt werden soll. Dies lässt sich nicht an einem bestimmten Zielwert festmachen, sondern muss in Abhängigkeit von der konkreten Situation diskutiert werden. Es kommt darauf an, die Entwicklung insgesamt sowie bei den verschiedenen, in der Kommune in Angriff genommenen Projekten zu beobachten. Ein alarmierendes Zeichen ist sicherlich, wenn die Zahl der Teilnehmer sinkt, die Treffen seltener und die Projekte weniger werden. Umgekehrt sind stabile oder steigende Teilnehmerzahlen und regelmäßige Sitzungen und damit ein konstanter oder zunehmender Indikatorwert ein positives Zeichen für die Vitalität des Agenda-Prozesses in einer Kommune.

ENTWICKLUNG UND INTERPRETATION

In den in dieser Grafik dargestellten Zahlen sind zwei Werte eingegangen, nämlich die Summe der Arbeitsstunden für Sitzungen und die Zahl der Arbeitsstunden für Projekte. Kontinuierlich wurde eine hohe Anzahl von Stunden (ca. 2.000 Stunden pro Jahr) von engagierten Bürgern in die Lokale Agenda Arbeit investiert. Diese von den Bürgern geleisteten Stunden wurden dann auf die Gesamteinwohnerzahl Waiblingens bezogen.

In den Jahren 1998 bis 2000 hat sich die durchschnittliche Zahl der ehrenamtlich geleisteten Stunden nicht entscheidend verändert. Von den Engagierten wurden pro Jahr rund 42 Stunden für die Agenda-Arbeit aufgewendet. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung liegt der Aufwand für die Lokale Agenda 21 gerade bei 4 Minuten je Einwohner.

Nach dem Ende mehrerer Arbeitskreise im Rahmen der Lokalen Agenda 21 fiel zunächst das Engagement in diesen Bereich. Mit dem Zusammenschluss von Bürgerschaftlichem Engagement und Lokaler Agenda 21 gibt es wieder zahlreiche Projekte und somit ein erhebliches zeitliches Engagement der Beteiligten.

Wie geht es weiter

... MIT DEM NACHHALTIGKEITSBERICHT?

Der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht dient als Grundlage, um im Gemeinderat, in der Verwaltung und in der Bevölkerung eine Diskussion über die Ziele einer nachhaltigen Stadtentwicklung und deren Indikatoren zu führen. Eine nachhaltige Entwicklung sollte belegbar sein und sich an einem Leitbild orientieren.

Sicherlich sind nicht alle im Bericht verwendeten Indikatoren die idealen Messgrößen, um die Entwicklung in Waiblingen allumfassend zu bewerten, trotzdem zeigt der vorliegende Nachhaltigkeitsbericht Tendenzen in den Bereichen Ökologie, Ökonomie, Gesellschaft/Soziales und Partizipation auf. Maßnahmen für eine nachhaltige Entwicklung können abgeleitet werden und sind in weiteren Schritten im Detail zu erarbeiten.

Auf dem Weg zur nachhaltigen Stadt gilt es den Weg immer wieder zu überprüfen, dazu ist ein gutes Indikatorensystem notwendig.

Eines hat die Erstellung des Berichtes gezeigt: Es gibt viele interessante Daten, die bereits vorhanden sind und auf ihre Auswertung warten (Beispiel: Zahl der Schulabgänger ohne Hauptschulabschluss).

Manche Daten liegen vor, werden aber von den erfassenden Stellen nicht veröffentlicht (Beispiel: Aussagen über Häufigkeiten von Allergien).

Andererseits bedarf es noch weiterer Daten, deren Erhebung in die Wege geleitet werden sollten (zum Beispiel Fälle überschuldeter Haushalte im Rahmen von Schuldnerberatungen). Teilweise liegen Daten nur für den gesamten Landkreis Rems-Murr vor, so dass keine exakten Aussagen über Waiblinger Verhältnisse möglich sind (etwa Abfallaufkommen).

Auf die Verbesserung der Datengrundlage und der Auswertung sollte in Zukunft ein Hauptaugenmerk gelegt werden. Weitere Indikatoren bzw. andere Indikatoren können hinzugefügt werden.

Positiv wäre es, wenn der Nachhaltigkeitsbericht in jedem Fall fortgeschrieben und weiter verbessert würde, beispielsweise alle 2 bis 3 Jahre.

Das Thema Indikatoren wird mit Sicherheit in Zukunft eine noch bedeutendere Rolle einnehmen, da es gilt bei Projekten und Beschlüssen die Nachhaltigkeit zu belegen bzw. zu dokumentieren und so die Lebensqualität in der Stadt Waiblingen sicherzustellen.

Die Einrichtung einer verwaltungsinternen Arbeitsgruppe, mit dem Ziel der Erarbeitung entsprechender Vorschläge zur Umsetzung der städtischen Projekte im Sinne der Nachhaltigkeit, wäre zu diskutieren.

Im Rahmen der zahlreichen Projekte, die vom Büro Waiblingen ENGAGIERT unterstützt werden, sollten entsprechende Kriterien der Nachhaltigkeit und dazu passende Indikatoren erarbeitet werden. Ein standardisiertes Projektblatt wurde bereits bisher verwendet und könnte optimiert werden.

Für den Agenda-Prozess in Waiblingen stellt die Erarbeitung eines Leitbildes eine sehr wichtige Aufgabe dar. Die Stadtverwaltung hat in einem beispielhaften Prozess ein Leitbild für eine nachhaltige, zukunftsfähige Stadtverwaltung erarbeitet. Nun wäre es wünschenswert, dass auch für die Gesamtstadt ein solches Werk in einem partizipatorischen Prozess erstellt wird. Die Chance bietet sich aktuell im Rahmen der Erstellung des Stadtentwicklungsplanes 2020 (STEP). Vorarbeiten wurden bereits von der Steuerungsgruppe Leitbild innerhalb des Agenda-Prozesses geleistet. Leitbilder dienen der Orientierung auf dem Weg zur nachhaltigen Bürgerkommune.

Wie geht es weiter

... MIT DEM NACHHALTIGKEITSBERICHT?

Durch die Verschmelzung der Prozesse Lokale Agenda 21 und Bürgerschaftliches Engagement gibt es quasi einen „fliegenden Start“ in Richtung Nachhaltigkeit und Partizipation in Waiblingen. In der Beteiligung aller Betroffenen und Interessierten an Projekten/Entscheidungen liegt sicherlich ein Schlüssel für das Gelingen eines solchen Prozesses. Der Erfolg führt nur über konkrete Projekte und die Erfahrungen, die man hierbei macht. Das Büro Waiblingen ENGAGIERT gibt allen Interessierten die entsprechende Hilfestellung.

Ein Stichwort, das im Zusammenhang mit Bürgerschaftlichem Engagement immer wieder genannt wird, ist das Thema Anerkennungskultur, sprich: wer sich engagiert, soll auch die entsprechende Anerkennung erfahren. Überlegungen hierzu laufen.

Es wäre wünschenswert, dass der Gemeinderat der Stadt Waiblingen in absehbarer Zeit die „Charta der Europäischen Städte und Gemeinden auf dem Weg zur Zukunftsbeständigkeit“ (Charta von Aalborg) unterzeichnet und sich so auch formell und verbindlich zu einer nachhaltigen Entwicklung verpflichtet, die dann natürlich auch eingefordert werden kann und zu belegen ist.

Der Nachhaltigkeitsbericht Waiblingen steht allen Interessierten zur Verfügung und kann unter folgender Adresse angefordert werden:

Klaus Läßle
Stadt Waiblingen
Umweltbeauftragter
Kurze Str. 24
Tel. 07151-5001-445
klaus.laepple@waiblingen.de

INDIKATOREN FÜR WAIBLINGEN

Siedlungsabfälle	●
NO ₂ -Immissionen	●
Ozonbelastung	●
Bodenflächen	●
Wasserverbrauch	●
Oberflächengewässer	●
Stromverbrauch	●
Photovoltaik-Anlagen	●
CO ₂ -Emissionen	●
Energieverbrauch Dienststellen	●
Pkw-Bestand	●
Arbeitslosigkeit	●
Langzeitarbeitslosigkeit	●
Regionale Nahrungsmittel	●
Wirtschaftsbereiche	●
Mieten	●
Baugrundstücke	●
Schulden	●
Steueraufkommen	●
Öko-Audit	●
Sozialhilfeempfänger	●
Ausbildungsplätze	●
Ohne Hauptschulabschluss	●
Wanderungssaldo	●
Altersgliederung	●
Fort- und Weiterbildung	●
Medien in Bibliotheken	●
Museumsbesucher	●
Straftaten	●
Verkehrsunfälle	●
Vereine	●
Wahlbeteiligung	●
Entwicklungszusammenarbeit	●
Frauen im Kommunalparlament	●
Stadtverwaltung	●
Kinder- und Jugendarbeit	●
Ganztagesplätze	●
Jugendarbeitslosigkeit	●
Jugendparlament	●
Ehrenamtlich geleistete Stunden	●

● negativer Trend, hoher Handlungsbedarf

● ausgeglichener Trend kann sowohl in rotes als auch grünes Licht umschlagen, künftig unter Umständen Handlungsbedarf

● positiver Trend, gegenwärtig kein Handlungsbedarf

QUELLEN

Zu Indikator A1.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>
- Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg, Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart, Tel.: 0711-126-0, Fax: 0711-126-2881, <http://www.uvm.baden-wuerttemberg.de/Abfallbilanz>

Zu Indikator A2.2

- Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit (UMEG), Großoberfeld 3, 76135 Karlsruhe, Tel.: 0721-75 05-0, Fax: 0721-75 05-200, <http://www.umeg.de>

Zu Indikator A2.3

- Zentrum für Umweltmessungen, Umwelterhebungen und Gerätesicherheit (UMEG), Großoberfeld 3, 76135 Karlsruhe, Tel.: 0721-75 05-0, Fax: 0721-75 05-200, <http://www.umeg.de>

Zu Indikator A3.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator A4.0

- Stadtwerke Waiblingen, Schorndorfer Straße 67, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-131-0, Fax: 07151-131-202, <http://www.stwwn.de>

Zu Indikator A4.1

- Grünflächen- und Tiefbauamt der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 24, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-445, Fax: 07151-5001-406, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator A5.0

- Stadtwerke Waiblingen, Schorndorfer Straße 67, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-131-0, Fax: 07151-131-202, <http://www.stwwn.de>
- SÜWAG – Niederlassung KAWAG, Bismarckstraße 2, 71634 Ludwigsburg, Tel.: 07141-123-0, Fax: 07141-123-138, <http://www.suewag.de>

Zu Indikator A5.1

- Stadtwerke Waiblingen, Schorndorfer Straße 67, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-131-0, Fax: 07151-131-202, <http://www.stwwn.de>
- SÜWAG – Niederlassung KAWAG, Bismarckstraße 2, 71634 Ludwigsburg, Tel.: 07141-123-0, Fax: 07141-123-138, <http://www.suewag.de>

Zu Indikator A5.2

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator A5.3

- Auswertung der Energieberichte der Stadt Waiblingen <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator A6.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator B1.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator B1.2

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator B2.0

- Eigene Recherchen vor Ort

Zu Indikator B3.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator B4.0

- Eigene Erhebungen vor Ort, Auswertung der Mietpiegel 2000 und 2003

Zu Indikator B4.2

- Gutachterausschuss zur Ermittlung von Grundstückswerten in Waiblingen, Geschäftsstelle, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-284, Fax: 07151-5001-420, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator B5.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator B5.3

- Stadtpflege der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-217, Fax: 07151-5001-191, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator B6.0

- <http://www.emas-register.de>

Zu Indikator C1.0

- Amt für Soziales, Alten- und Jugendförderung der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-385, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator C2.0

- Handwerkskammer Region Stuttgart, Heilbronner Straße 43, 70191 Stuttgart, Tel.: 0711-1657-295, Fax: 0711-1657-240, <http://www.hwk-stuttgart.de>
- Bezirkskammer Rems-Murr der IHK Region Stuttgart, Kappelbergstraße 1, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-959 69-32, Fax: 07151-959 69-26

Zu Indikator C2.2

- Auswertung der Daten der Hauptschulen in Waiblingen

Zu Indikator C3.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator C3.2

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator C4.0

- Auswertung der Teilnehmerzahlen der Familien-Bildungsstätte Waiblingen und der Volkshochschule Unteres Remstal

Zu Indikator C4.1

- Auswertung der Angaben der Waiblinger Stadtbibliothek

Zu Indikator C4.2

- Auswertung der Angaben des Museums Waiblingen

Zu Indikator C5.0

- Polizeidirektion Waiblingen, Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-950-0, Fax: 07151-950-820, <http://www.polizei.de>

Zu Indikator C5.1

- Polizeidirektion Waiblingen, Alter Postplatz 20, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-950-0, Fax: 07151-950-820, <http://www.polizei.de>

Zu Indikator D1.0

- Auswertung der Broschüre „Vereine und Organisationen in Waiblingen“

Zu Indikator D2.0

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator D3.0

- Stadtpflege der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-217, Fax: 07151-5001-191, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D4.0

- Haupt- und Personalamt der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-284, Fax: 07151-5001-189, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D4.3

- Haupt- und Personalamt der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-284, Fax: 07151-5001-189, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D5.0

- Amt für Soziales, Alten- und Jugendförderung der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-238, Fax: 07151-5001-385, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D5.1

- Amt für Soziales, Alten- und Jugendförderung der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-238, Fax: 07151-5001-385, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D5.2

- Statistisches Landesamt Baden-Württemberg, Böblinger Straße 68, 70199 Stuttgart, Tel.: 0711-641-0, Fax: 0711-641-2973, <http://www.statistik.baden-wuerttemberg.de>

Zu Indikator D5.3

- Amt für Soziales, Alten- und Jugendförderung der Stadt Waiblingen, Kurze Straße 33, 71332 Waiblingen, Tel.: 07151-5001-238, Fax: 07151-5001-385, <http://www.waiblingen.de>

Zu Indikator D6.0

- Auswertung der Angaben des Lokale Agenda 21-Prozesses in Waiblingen

ADRESSEN UND ANSPRECHPARTNER

Stadt Waiblingen

Stadt Waiblingen
Umweltbeauftragter
Kurze Straße 24
71332 Waiblingen

Ministerium für Umwelt und Verkehr Baden-Württemberg

Postfach 103439, 70029 Stuttgart
Tel.: 0711/126-0, Fax: -2881
E-Mail: poststelle@uvm.bwl.de
Internet: www.uvm.baden-wuerttemberg.de

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Postfach 210752, 76157 Karlsruhe
Tel.: 0721/983-0, Fax: -1456
E-Mail: poststelle@lfuka.lfu.bwl.de
Internet: www.lfu.baden-wuerttemberg.de

Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft

Institut für interdisziplinäre Forschung
Schmeilweg 5, 69118 Heidelberg
Tel.: 06221/9122-0, Fax: 06221/167257
E-Mail: volker.teichert@fest-heidelberg.de
Internet: www.fest-heidelberg.de

Ministerium für Ländlichen Raum Baden-Württemberg

Kernerplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711/126-0, Fax: -22 55
E-Mail: Posteingangsstelle@bwmlr.bwl.de
Internet: www.mlz.baden-wuerttemberg.de

Ministerium für Umwelt und Verkehr

Kernerplatz 9, 70182 Stuttgart
Tel.: 0711/126-0, Fax: -28 81
E-Mail: Poststelle@uvm.bwl.de
Internet: www.uvm.baden-wuerttemberg.de

Wirtschaftsministerium

Theodor-Heuss-Str. 4, 70174 Stuttgart
Tel.: 0711/123-0, Fax: -21 26
E-Mail: poststelle@wm.bwl.de
Internet: www.wm.baden-wuerttemberg.de

Ministerium für Wissenschaft, Forschung und Kunst

Königstr. 46, 70173 Stuttgart
Tel.: 0711/279-0, Fax: -30 80
Internet: www.mwk-bw.de

Bezirksstelle für Naturschutz und Landschaftspflege im Regierungsbezirk Stuttgart

Ruppmannstr. 21, 70565 Stuttgart
Tel.: 0711/904-0, -34 38, Fax: -34 59

Gewässerdirektion Neckar Bereich Besigheim

Bühl 17, 74354 Besigheim
Tel.: 07143/376-296, Fax: -263

Landesanstalt für Umweltschutz Baden-Württemberg

Griesbachstr. 1, 76185 Karlsruhe
Tel.: 0721/983-0, Fax: -14 56
E-Mail: lfupost@x400.lfuka.um.bwl.de

Landesgesundheitsamt Baden-Württemberg

Wiederholdstr. 15, 70174 Stuttgart
Tel.: 0711/18 49-0, Fax: -242
E-Mail: post@lga.bwl.de
Internet: www.landgesundheitsamt.de

Regierungspräsidium Stuttgart

Ruppmannstr. 21, 70565 Stuttgart
Tel.: 0711/904-0, Fax: -24 08, -78 46

Staatliches Gewerbeaufsichtsamt Göppingen Amt für Arbeits- und Umweltschutz

Willi-Bleicher-Str. 3, 73033 Göppingen
Tel.: 07161/657-0, Fax: -199
E-Mail: agp.post@x400.gaagt.um.bwl.de

Statistisches Landesamt Baden-Württemberg

Böblinger Str. 68, 70199 Stuttgart
Tel.: 0711/641-0, Fax: -24 40

Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung

PF 08 01 62, 10001 Berlin
Tel.: 030/20 14-0, Fax: 030/20 14-18 30
E-Mail: info@bma.bund400.de
Internet: www.bma.bund.de

Bundesministerium für Bildung und Forschung

Hannoversche Str. 30, 10115 Berlin
Tel.: 030/2 85 40-0, Fax: -52 70
E-Mail: presse@bmbw.bund.de
Internet: www.bmbf.de

Bundesministerium für Gesundheit (BMG)

Mohrenstr. 62, 10117 Berlin
Tel.: 030/2 06 40-0, Fax: 030/2 06404974
E-Mail: poststelle@bmg.bund.de
Internet: www.bmggesundheit.de

Bundesministerium der Justiz

Jerusalemstr. 24-28, 10117 Berlin
Tel.: 030/20 25-70, Fax: -95 25
E-Mail: poststelle@bmj.bund.de
Internet: www.bmj.bund.de

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU)

Schiffbauerdamm 15, 10117 Berlin
Tel.: 01888/305-0, Fax: 030/2 85 50-0
E-Mail: oca-1000@wp-gate.bmu.de
Internet: www.bmu.de

Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Krausenstr. 17-20, 10117 Berlin
Tel.: 01888/300-0, Fax: 030/20 97-14 00
E-Mail: poststelle@bmvi.bund.de
Internet: www.bmvbw.de

Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Europahaus, Stresemannstr. 92, 10963 Berlin
Tel.: 030/26 99 0-01, Fax: -139
E-Mail: poststelle@bmz.bund.de
Internet: www.bmz.de

Bundesamt für Naturschutz (BFN)

Konstantinstr. 110, 53179 Bonn
Tel.: 0228/84 91-0, Fax: -200
E-Mail: pbox.bfn@bfn.de
Internet: www.bfn.de